

Bezugpreis: Vierteljahr 100.— M., monatlich 35.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigepreis:

Die einpaaltige Nonpareille kostet 16.— M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 18. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Programm für Haag.

Für Freitag vormittag ist, wie der Sonderberichterstatter des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes aus Genua meldet, der Schlußakt der Konferenz von Genua geplant.

Der gestrige Tag war mit zwei Sitzungen ausgefüllt, in deren Verlauf Tschitscherin Schwierigkeiten bezüglich der Annahme des Haager Programms machte.

Die unerwartete Ablehnung der amerikanischen Regierung scheint sich jetzt dahin aufzuklären, daß Präsident Harding ursprünglich für die Beteiligung Amerikas war.

Hiernach scheint es, daß Amerika der Konferenz von Haag mit nicht allzu großem Vertrauen entgegensteht.

Die sechs Punkte.

Genua, 17. Mai. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Die endgültige Fassung des bekannten Anhangs zu den Vorschlägen der Alliierten ...

1. Italien, England, Japan, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden und die Schweiz beschließen, daß eine Kommission ernannt wird, um nochmals die Differenzen zu prüfen.

2. Am 20. Juni werden die Namen der an der nicht-russischen Kommission vertretenen Mächte und die Namen der Mitglieder dieser Kommission der Sowjetregierung und umgekehrt ...

3. Die von dieser Kommission zu behandelnden Fragen werden umfassen alle vorhandenen Fragen bezüglich der Schulden, des Privateigentums und der Kredite.

4. Die Mitglieder der beiden Kommissionen sollen am 26. Juni 1922 im Haag zugelassen sein.

5. Die beiden Kommissionen werden sich bemühen, gemeinsame Empfehlungen bezüglich der in Klausel 3 genannten Fragen zu erreichen.

6. Um zu ermöglichen, daß die Arbeit der Kommissionen in aller Ruhe stattfinden und um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen, werden Abkommen geschlossen werden zwischen der russischen Sowjetregierung und den gegenwärtig mit ihnen verbundenen Regierungen ...

Die Abgeordneten der beiden rheinischen Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West protestieren in einem Telegramm an den Leiter der Konferenz von Genua gegen die widerrechtliche Fortdauer der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Ententefurcht vor deutschen Bahnen.

Paris, 17. Mai. (WZ.) Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag beschlossen, eine Mitteilung an die deutsche Regierung zu richten, in der die Einstellung der Arbeiten an gewissen Schienenwegen von strategischer Bedeutung im Rheinlande und die Befestigung oder Abänderung gewisser strategischer Eisenbahnlinien vor Ablauf der Besatzungsperiode verlangt werden soll.

Deutsche Sachlieferungen für Frankreich.

Paris, 17. Mai. (WZ.) Das Ministerium für die besetzten Gebiete teilt mit, daß, obwohl das Wiesbadener und das ergänzende Berliner Abkommen noch nicht vom Parlament ratifiziert worden sind, die französischen Geschädigten schon jetzt deutsche Sachlieferungen beziehen könnten.

Die Niederlage der englischen Regierung.

London, 17. Mai (Reuter.) Im Unterhause teilte Chamberlain mit, daß die Regierung die gestrige Abstimmung sorgfältig erwäge und die Weigerung des Hauses, sie bei den notwendigen Maßnahmen zur Herbeiführung einer Verringerung der Ausgaben zu unterstützen, als eine ernste Angelegenheit betrachte.

Die Bauernfrage in Rußland.

Moskau, 16. Mai. (WZ.) Die landwirtschaftliche Kommission des Zentralkomitees hat in zwei Sitzungen den ausführlich gemeldeten Gesetzentwurf über das Recht der Bodenbenutzung beraten, wobei verschiedene Änderungen vorgenommen wurden.

Landarbeiter im Kampfe.

In Mecklenburg-Strelitz (Land Stargard) stehen die Landarbeiter seit dem 20. April im Streik, um den Abschluß eines Tarifvertrages mit den im Mecklenburger Landbund organisierten Arbeitgebern zu erreichen.

Als der Streik einsetzte, haben die Arbeitgeber durch den Vorstand des Mecklenburger Landbundes das Reichsernährungsministerium und die Landesregierung in Mecklenburg-Strelitz mit Depeschen und Anträgen überschwemmt, die Saatbestellung als Notstandsarbeit zu erklären.

Den Landarbeitern ist der Kampf durch das In-den-Rückenfallen von Streikbrechern ungeheuer erschwert. Die Arbeitgeber lassen die Bestellungen mit Hilfe der Streikbrecher fertigstellen; ob gut oder schlecht, wird sich erst später zeigen.

Weit schlimmer als der Schaden, der für die Volksernährung durch die Handlungsweise der Arbeitgeber heraufbeschworen wird, wirkt sich ihr Vorgehen für die streikenden Landarbeiter aus.

Ein großer Teil der Landarbeiter im Lande Stargard ist im Besitz von Kühen, für die der Arbeitgeber Stallung, Futter und Weide zu liefern hat, als einen Teil der Entlohnung.

hier große Werte enthalten. Die Arbeitgeber setzen sich rüchlos darüber hinweg, um die Arbeiter zu unterjochen. Wenn die Organisation auch alle Hebel in Bewegung setzt, um die Ernährung der Landarbeiter und ihres Viehstandes sicherzustellen, so ist gerade im Augenblick besonders das Heranschaffen von Futter für die Kühe schwierig, da der Viehdiebstahl beginnt. Da außer dem im Besitz der Arbeitgeber befindlichen Vieh andere nicht vorhanden sind, sind die Landarbeiter gezwungen, entweder die Arbeit aufzunehmen oder ihren Viehstand zu verkaufen.

Diese rigorosen Maßnahmen der Arbeitgeber unterbinden dem Landarbeiter das Koalitionsrecht und es wäre Pflicht der Regierung, nicht nur zu untersuchen, ob durch einen Landarbeiterstreik die Volksernährung gefährdet wird, sondern auch, ob nicht Maßnahmen ergriffen werden müssen, die auch den Landarbeiter bei einem gerechten Kampf vor den Übergriffen der Arbeitgeber schützen. Die Organe der Staatsgewalt haben es sich bei dem Kampf der Landarbeiter im Lande Stargard in der Hauptsache zur Aufgabe gemacht, das Eigentum der Arbeitgeber und ihre Arbeitwilligen zu schützen. Die Landarbeiter aber sind der Willkür der Arbeitgeber schutzlos ausgeliefert. Wird durch diese Schutzlosigkeit und durch das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber der Kampf gebrochen, dann wird ein tiefer Haß bei den Landarbeitern übrigbleiben. Es ist Sache des Reiches, dafür zu sorgen, daß nicht das Gemeinwohl durch die Herrschaft der Agrarier Schaden leide.

## Wählerereien gegen die Zwangsanleihe.

Noch ist der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe nicht dem Reichstag zugegangen, da jetzt bereits das Kesseltreiben gegen den Regierungsentwurf ein, der ohnehin den Forderungen der bürgerlichen Parteien in recht bedeutlicher Weise Rechnung trägt. Wie schon bei anderen Vermögenssteuerentwürfen wendet man sich auch diesmal nicht gegen das Prinzip — denn diesem haben ja die bürgerlichen einschließlich der Deutschen Volkspartei durch die Annahme des Steuerkompromisses bereits zugestimmt. Man wendet sich vielmehr gegen die einzelnen Forderungen und versucht der Vorlage derart, die Gifttähne auszuziehen, daß sie praktisch zu möglichst geringer Wirkung, d. h. zu weitgehender Schonung des Vermögens gelangt.

So trägt jetzt der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Curtius in der „Tägl. Rundschau“ seine Bedenken gegen die Zwangsanleihe vor. Er behauptet, daß das Volkvermögen vom Reichsfinanzministerium zu niedrig angenommen worden sei, so daß also die vorgeschlagenen Sätze mehr als eine Milliarde Goldmark einbringen würden. Diese Behauptung ist natürlich irrig. Das Reichsfinanzministerium selbst nimmt das steuerbare Volkvermögen auf 1200 Milliarden Papiermark an. Außerlich scheint es in der Tat so, als ob dieser Betrag verhältnismäßig niedrig wäre. Vergleicht man jedoch damit die Einkünfte aus den bisherigen Besitzsteuern, so ergibt sich, daß von der Steuer in der Tat kaum mehr als dieser Betrag erholt werden dürfte. Die Finanzämter, die bei Arbeitern und kleinen Gewerbetreibenden hinter winzigen Markbeträgen herjagen, wissen zwar nicht, welche Werte vom Besitz der Besteuerung entzogen sind, sie sehen aber, daß die zur Besteuerung gelangenden Vermögen in der Tat geringer sind als das von Theoretikern ermittelte wirkliche Volkvermögen. Das ist ja kein Wunder, da sich das Kapital mit allen Mitteln seiner Steuerpflicht zu entziehen sucht.

Wenn schon das als überaus kapitalfreundlich bekannte Finanzministerium, das bei jeder neuen Etatsberatung immer wieder dem Rezept der Verbrauchssteuern ankam, bei seiner Berechnung so vorsichtig vorgeht, so ist anzunehmen, daß die Zwangsanleihe eher weniger als mehr erbringen

wird. Wenn schon Sicherungen dagegen notwendig sind, daß nur eine Goldmilliarde eingeht, so gibt es dagegen andere Mittel. Das eine ist das, daß man den Ertrag der Zwangsanleihe dem gleitenden Geldwert anpaßt, indem man die endgültig zu zahlenden Beträge nach dem Dollarkurs ermittelt. Das andere aber mindestens ebenso gangbare Mittel ist das, daß man etwaige Mehrerinnahmen als eine normal verzinsliche Anleihe des Reiches ansieht und behandelt und die Beträge auf die einzelnen Steuerklassen nach ihrer Leistungsfähigkeit umlegt. Jedenfalls werden unsere Genossen im Parlament sehr darauf achten müssen, daß nicht wieder unter dem Vorwande, dem Besitz würde Unerträgliches zugemutet, der ganze Zweck der Zwangsanleihe durch Quertreibereien der Kapitalfreunde umgestoßen wird.

## Wirths Rückkehr.

Reichskanzler Dr. Wirth hatte ursprünglich die Absicht, auf der Reise von Genua nach Berlin in München Aufenthalt und Gelegenheit zu nehmen, dort eine Rede zu halten. Einem dringenden Bunsche der in Berlin weilenden Rabinetsmitglieder und Parteiführer entsprechend hat der Kanzler diese Absichten aufgegeben. Er wird sich direkt nach Berlin begeben. Am Dienstag wird der Reichskanzler im Kabinett und in einer Versammlung der Parteiführer über den Verlauf und das Ergebnis der Genueser Konferenz Bericht erstatten. Ob am Mittwoch der Auswärtige Ausschuß zusammentritt oder ob der Reichskanzler sofort im Plenum des Reichstages Bericht erstatten wird, steht noch nicht fest.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch in einer Kabinettsitzung mit den laufenden Geschäften und verabschiedete eine Reihe von Gesetzen.

## Das kommende Auslieferungsgesetz.

Im Reichsjustizministerium wird ein Auslieferungsgesetz vorbereitet, das den ganzen Komplex der Auslieferungsfragen klären soll. In der Hauptsache wird die Zuständigkeit festzustellen sein, um die bei jeder Auslieferung immer wieder auftauchende Frage, ob das Reich oder die Länder zuständig seien, ein für allemal zu regeln. Die Entscheidung darüber, ob eine Auslieferung zulässig ist oder nicht, wird den Gerichten übertragen. Das Auswärtige Amt hat dann zu entscheiden, ob die Auslieferung erfolgen soll. Hat aber das Gericht entschieden, daß die Auslieferung nicht zulässig ist, so kann das Auswärtige Amt die Auslieferung nicht betreiben. Ferner wird das Gesetz zu bestimmen haben, was als politisches Verbrechen zu betrachten ist. Außerdem werden eine ganze Reihe Bestimmungen untergeordneter Art, wie z. B. die Verteidigung während des Auslieferungsvorgangs usw., im Gesetz enthalten sein.

## Die Amnestiefrage.

In der kommunistischen Presse macht seit einiger Zeit ein Gerücht die Runde, wonach der Reichsjustizminister eine „Pflanz-Amnestie“ beabsichtigt. Zu welchem Zwecke die Kommunisten diese falsche Meldung in die Welt setzen, ist ziemlich klar. Man will den Eindruck erwecken, als habe die Regierung etwas versprochen, um nachher um so besser über ihren „Wortbruch“ und den „Justiz-Roste“ schimpfen zu können. Der Reichsjustizminister hat erst kürzlich auf eine kommunistische Anfrage über die Amnestie festgesetzt, daß dem Reichskabinett zwar ein Amnestiegesetz vorgelegen hat, daß aber vorläufig der Minister selbst noch einmal jeden Einzelfall durchprüfen und eine eventuelle Begnadigung empfehlen soll. Nach Beendigung dieser Arbeit wird dann zu entscheiden sein, ob das vorgesehene Amnestiegesetz noch notwendig ist oder nicht.

Für den deutschen Unterricht in Südjütland haben die Schulen in Lüdnam 200 000 M. aufgebracht; diese Schüler verpflichteten sich zu dauernden Beiträgen. Diese Schulgemeinschaften sollen in ganz Schleswig-Holstein stattfinden.

## Gleiches Recht den Beamtinnen.

Der Reichsverkehrsminister macht bekannt: Nach Artikel 128, 2, der Reichsverfassung werden alle Ausnahmegesetzungen gegen weibliche Beamte beseitigt. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts gelten damit auch alle beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bereits bestandenen gesetzlichen Ausnahmegesetzungen oder Verwaltungsanordnungen, die mit dem genannten Artikel in Widerspruch stehen, als aufgehoben. — Ich erlaube demnach, solche Bestimmungen in Zukunft nicht mehr anzuwenden.

## Verdoppelung der Nachdienstzulage.

Das Reichsverkehrsministerium hat entsprechend einem Antrag der Gewerkschaften die Nachdienstzulagen für Eisenbahner um 100 Proz. erhöht. Am 19. und 20. Mai werden weitere Lohnverhandlungen stattfinden.

## Sozialpolitische Gesetzentwürfe.

Dem Reichstag liegen zurzeit auch folgende Gesetzentwürfe vor: Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Versicherungsrechtes für Angestellte, Arbeitsnachweisgesetz, Schlichtungsordnung, Gesetz über Mieterschutz und Mietvermittlungsämter. Dem Reichswirtschaftsrat liegt das Hausgehilfen- und ein Heimarbeiterschutzgesetz vor, dem Reichsrat das Reichsrentengesetz und die Washingtoner Übereinkommen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge, sowie das Genueser Übereinkommen über die Regelung von Arbeiterfragen bei der See- und Binnenschifffahrt, ferner Gesetzentwürfe zur Regelung der Arbeitszeit gewerklicher Arbeiter und Angestellter.

Zahlreiche Gesetze sind in Vorbereitung, so zur Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten, betreffend Einführung obligatorischer ärztlicher Hilfe für die Familienmitglieder der Versicherten, eine Verordnung über Holzarbeiterschutz, Gesetz für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Regelung der Arbeitszeit der Krankenpflegepersonen, sowie zahlreiche Entwürfe infolge der Genueser Vorschläge über die Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben und über die Tätigkeit in besonders schweren gewerblichen Betrieben; weiter Gesetze zur vorläufigen Regelung des Wettbewerbsverbots, über Arbeitsgerichte, über das Recht der Wohnangehörigen, allgemeines Arbeiterschutzrecht, Angestelltenrecht, Bergarbeitergesetz, Arbeitsarbeitsgesetz, Gesetz über Bezirksarbeiterräte, Berufsvereinigungen, Gesetz über die Zulassung und die Organisation von Arbeitsbehörden, Gesetz über die Verhütung der Bodenverunreinigung, Entwurf einer ländlichen Bodenordnung und schließlich ein Gesetz zum Schutz der freien Wahlfahrtspflege.

## Das Pensionskürzungsgesetz.

### Staatssekretär für — Ministerialdirektor gegen!

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprachen sich gegen das Pensionskürzungsgesetz die Abgg. v. Schoch und Roth (D. Bp.) aus. Staatssekretär Schroeder machte darauf aufmerksam, daß nach dem Gesetzentwurf die Pension gar nicht dauernd fortfallen solle, sondern daß sie wieder aufsteige, sobald die höheren Bezüge aus anderen Quellen fortfallen. — Abg. Darius (Dem.) teilte mit, daß sich seine Fraktion noch nicht endgültig entschieden habe. — Abg. Hoch (Soz.) wies darauf hin, daß eine ständige Entziehung gar nicht am Platze wäre. Den Kriegsverletzten, die der Not des Vaterlandes ihre Arbeitskraft und ihre gesunden Gliedmaßen hätten opfern müssen, werde die Entschädigung gefürzt, wenn sie schon 5000 bis 6000 M. im Jahre daneben verdienen. Leute, die sich nicht scheuen, trotz unserer finanziellen Zerrüttung neben einem viel höheren Privatverdienst ihre Pensionsbezüge weiter zu fordern, gebühre keine Hochachtung, sie seien Schädlinge der Allgemeinheit. — Abg. Dr. Hölle (Z.) bestritt, daß Beamtenkreise über den Gesetzentwurf entrüstet seien. Die Mehrzahl der Beamten halte die Grundgedanken des Gesetzes für durchaus berechtigt. — Auch die Abgg. Braunig (N. Soz.) und Erising (Z.) verteidigten den Gesetzentwurf. Ministerialdirektor Sachs betonte, daß, an dem Goldwert gemessen, die unteren Beamten ungefähr ihr Friedensgehalt bezögen, die mittleren Beamten die Hälfte, die höheren Beamten aber ein Drittel ihres Friedensgehaltes. Es sei bedenklich, durch Pensionskürzung diesen Beamten noch eine weitere Last aufzuerlegen und deshalb gar ein verfassungänderndes Gesetz zu machen. Er fürchte auch, daß der Kontrollapparat zu kostspielig sei. — Abg. v. Gallwitz (Dnat.) schloß sich diesen Darlegungen an. Es wurde beschlossen, zur Prüfung der Frage einen Unterausschuß einzusetzen.

## Schickt ein Kriegsschiff nach Bayern!

Von Rolf Koll.

Aus der Zeit, da wir noch die patriotischen Jugendschwärmer des Flottenvereins saßen, ist mir eine Erzählung unvergessen im Gedächtnis geblieben, weil sie sich mit kleinen Veränderungen immer wiederholte.

Irgendwo im finsternen Afrika wehte an einem Mastbaum die schwarzweiße Flagge. Irgendwo unbekannter Regentast reichte sie herunter und gestülpt sie. (Warum, wurde nicht gefragt, nehmen wir an, die Schwarzen wollten sich Babebosen daraus machen, um ihre von den Missionaren heftig gescholtene Blöße zu bedecken.) Um diesen Frevler zu rächen, dampft der nächste Auslandskreuzer an die betreffende Küste, legt ein Landungscommando aus, der Fähnrich zur See Christian v. Fürstberg führt an der Spitze seiner schwerbewaffneten Matrosen einen Kaffernkraal, setzt die Schiff-Palazzo in Brand, nimmt Frauen und Kinder als Geiseln mit (die Männer sind längst in das Innere des schwarzen Erdteils verduftet) und kehrt zu dem geschändeten Mastbaum zurück. Dort hat die Befehlsaufstellung genommen, eine neue, frischgewaschene Fahne wird ausgezogen, die Schiffsprügel werden präsentiert, die Musik spielt den „Siegerkranz“ und die Geschütze verpuffen die Gelder deutscher Steuerzahler in die Luft.

Da nun einmal die stark reduzierte deutsche Kriegsmarine die Tradition der alten Flotte in eine bessere Zukunft hinüberzerriten soll, könnte sie da nicht anfänglich des Fahnenstandes in München ein Landungskorps in den schwarzen Erdteil Bayern senden, um dort das Hoheitszeichen der deutschen Republik wieder zu Ehren zu bringen? Könnte nicht ein Kreuzer oder wenigstens ein Kanonenboot nach der Har dampfen, unterhalb des Maximiliansums anlegen, zehn Matrosen und einen Leutnant landen, die zum Bahnhof marschieren, dort eine neue Schwarzrotgoldene aufziehen und vor ihr präsentieren? Und könnte nicht dann, nach altem Muster, in den deutschen Zeitungen stehen:

„Der Fahrenfrevler im schwarzen Erdteil hat jetzt seine harte, aber gerechte Sühne gefunden. Die Marineverwaltung hatte das Kanonenboot „Republik“ dorthin entsandt, das bei dem Kaffernkraal München ein Kommando an Land setzte. Dieses eroberte im Sturm den stark besetzten Kraal, züchtigte den auffälligen Stamm und hakte unter militärischen Ehren die neue Fahne, ein Akt, dem sämtliche Kaffernhäuptlinge mit ihren Lieblingsfrauen entblößten Hauptes beizuwohnen mußten, nachdem man sie gezwungen hatte, den Flaggemast zu küssen. Das deutsche Ansehen in der Uebersee ist wieder hergestellt.“

Wir werden dieses Ereignis nicht erleben. Denn wir sind so weit gekommen, daß die in Berlin ansässigen Kaffern es als eine „Herausforderung“ betrachten, wenn man wagt, ihren Stammesgenossen in Bayern die Reichsfahne zu zeigen. Auch dürften die Fährnisse zur See, die solche Expeditionen führen könnten, kaum zu finden sein, da sie sich in diesem Fall mit den Kaffern solidarisch erklären werden.

Schlecht belohnte Großmut. Ein bezeichnendes Beispiel dafür, daß die gute Absicht nicht immer genügt, um eine gute Tat auszuführen, ist das Schicksal der Werte Tolstois in England. In einem offenen Brief haben sich nämlich verschiedene hervorragende Männer darüber beschwert, daß es keine einzige anständige Ausgabe der Werte des großen russischen Dichters im Englischen gebe. Die Gründe dafür werden im „Manchester Guardian“ darauf zurückgeführt, daß Tolstoi, der seine Schriften möglichst vielen zugänglich machen wollte, freiwillig auf seine Urheberrechte verzichtete. Er gestattete einem jeden, seine Arbeiten nachzubilden, zu überlegen und zu verkaufen, in welcher Form und zu welchem Preis ihm beliebt. Das Ergebnis dieser großmütigen Handlung ist nun für England, daß kein Verleger es wagte, eine wirklich gute Uebersetzung in vornehmer Ausstattung herauszubringen. Hätte ein vornehmer britischer Verleger eine Gesamtausgabe begonnen, dann würde er damit wahrscheinlich einige Werte beliebt gemacht haben, und dann hätten andere Verleger diese Dichtungen in schlechteren, billigeren, vielleicht auch gefürzten Ausgaben auf den Markt geworfen und den Schöpfer der Gesamtausgabe geschädigt.

Die neue Bundeshauptstadt Brasiliens. Der Plan, die Bundeshauptstadt Brasiliens von Rio de Janeiro nach dem Hochlande des Staates Gongo zu verlegen, ist schon vor einer Reihe von Jahren gefaßt und dazu ein in herrlicher Umgebung, gesund im Bergland und Urwald des Hochplateaus, an den Quellen mehrerer fließenden Gebiete von 14 000 Quadratkilometern als Eigentum der Union Brasiliens vorbehalten worden. In dem Amtsblatt der Bundesregierung der Vereinigten Staaten Brasiliens wurde jetzt verordnet, daß der Grundstein der neuen Bundeshauptstadt am 7. September 1922 gelegt werde. Ohne Zweifel wird sich hier für den Städtebauer eine Gelegenheit zur Bearbeitung einer einzigartigen und großartigen Aufgabe bieten, wie sie seit Beginn des modernen Städtebaus kaum je in Frage kam, da es sich nicht um eine Stadterweiterung oder um eine Umarbeitung bestehender Anlagen handelt, sondern um den Plan der großzügigen Neuanlage einer ganzen neuen Stadt, unbehindert von störenden Einflüssen bestehender Anlagen, in bisher fast ganz unbesetzter, mit Naturschönheiten überraschend ausgestatteter Hochlandgegend.

Das Wandern des Goldes. Beim Abräumen alter Bergwerkshalden in Australien und Kalifornien hat man mehrfach nutzlos und eigroße Goldklumpen aufgefunden, die man sicher nicht übersehen hätte, als die Goldwäscherien selbst noch im Betriebe waren. Man ist geradezu zu der Annahme gezwungen, daß es sich um Neubildungen handelt, d. h. daß eine Menge kleiner staubförmiger Goldförmchen oder Goldspalter, die in dem Gestein noch vorhanden waren, sich nachträglich zu größeren Aggregaten vereinigt haben. Man spricht geradezu von einem „Wandern“ des Goldes. Die Neubildungen mögen durch die Mitwirkung organischer Reduktionsmittel, etwa faulendes Grubenholz, zustande gekommen sein. Vergleichbar kommt wohl in der Natur häufiger vor als wir denken. Das im Seewasser aufgelöste Gold und Silber mag in vielen Fällen durch große Langmassen, die auf dem Meeresgrund gesunken sind und dort sich allmählich auflösen, herausgeführt werden. Wenn sich dann später der Meeresboden hebt, kommt ein obdaufiges Lager von

Edelmetallen zum Vorschein. Man ist schon früher auf das eigenartige Vorkommen der Mansfelder Kupfererzader aufmerksam geworden, die erstens, wie der Name sagt, Kupfer, dann aber auch Silber enthalten. In diesen Schieferungen liegen massenhaft versteinerte Fischreste mit metallischem Ueberzug, so daß man an der Mitwirkung der verweilenden organischen Substanz bei der Metallauscheidung und Metallfällung kaum zweifeln kann. Auch an der Westküste Südamerikas findet man in den Silberergenden gelegentlich Ammoniten, die ganz mit reinem Silber überzogen sind. Die organische Substanz des abgestorbenen Weichtieres hat als Reduktionsmittel gedient; das Metall sammelte sich auf der Raifschale an.

Der Ursprung des Wortes „Zeitungsente“. Man schreibt uns: In Th. Jells Buch „Unsere Haustiere (Buchhandlung Vorwärts, Berlin) las ich kürzlich folgende Erklärung des Wortes „Zeitungsente“: „Die Versteckungslinien der Mutterente waren ihnen etwas ganz Bekanntes. Sie wußten, daß die Ente durch ihr Benehmen anderen etwas mitteilt, was nicht wahr ist. So lag es nahe, eine Zeitungsentendung, die etwas mitteilt, was nicht wahr ist, als Zeitungsente zu bezeichnen.“

Den ersten Satz möchte ich unterschreiben. Weil aber diese Versteckungslinien den Menschen etwas Bekanntes waren, achteten sie nicht weiter darauf, sondern hielten es für etwas ganz Natürliches. Aus diesem Grunde wäre die Erklärung Jells zurückzuweisen. — Ein anderes Wort der deutschen Sprache führt uns vielleicht auf den richtigen Weg, das Wort „Legende“. Die Legende, die irgendein Schicksal eines Heiligen in Gedichtform erzählt, stammt von dem Worte legenda — Das zu Lesende. Während der Reformationszeit sank die Legende zu entlofen, sinnlosen Reimerien herab. Sie wurde deshalb von den Reformatoren als Lug-Ente bezeichnet. Im Volke sagte man kurz „Ente“ und bezeichnete damit jede unwahrscheinlich klingende Nachricht. Der Weg zur „Zeitungsente“ war jetzt ja nicht mehr weit.

Die Novembergrube nearhaltet am 22. abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Schiller-Theaters, Charlottenburg, ihren zweiten Abend. Das Karman-Cuarell spielt „Berong“ als Uebersetzung. Frau E. W. Nektellus-Eichmann singt Nieder von Guard Erdmann, und Rhona stellt aus seinen neuesten Grötesken.

Erhaltung des Goldberlin-Turms. In Lüdingen hat sich eine Vereinigung zur Erhaltung des Goldberlin-Turms gebildet mit dem Zweck, die Stätte, die der Dichter sehr lange lang bewohnt hat, für die Allgemeinheit zu erhalten. Wie die „Dona“ hört, hat der Reichsminister des Innern für diesen Zweck eine Beihilfe von 5000 M. zur Verfügung gestellt.

Ein amerikanischer Urmenschensand. Die Rev. Fort James“ berichtet in einem Aufsatz des amerikanischen Prähistorikers Prof. W. D. F. Osborne die aufsehenerregende Entdeckung von Fossilien, die das Vorhandensein des Menschen in Amerika während der Tertiarzeit beweisen sollen. Der Fund wurde in Redaba gemacht und zum erstenmal in der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften von Washington erörtert. Osborne vertritt die Ansicht, daß mit dem Fund dieser Fossilien Knochen ein neuer, bisher unbekannter Typus entdeckt worden ist, der von einem Affenmenschen oder Neandertaler abstammt. Er glaubt, daß durch diese Entdeckung die Hypothese unterstützt wird, nach der der Erdmensch amerikanische Ursprungs ist und über den verschundenen Kontinent Asiens nach Afrika gelangte.

Professor Leube, der bekannte Klimater, ist, 79 Jahre alt, in Stuttgart gestorben.

# Sozialpolitische Forderungen.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In der gestrigen Reichstagsführung sprach weiter  
Abg. Frau Schröder (Soz.):

Die Ausführungen des Ministers lassen erkennen, wie sehr das Verständnis für die Bedeutung der Sozialreform wenigstens da und dort im Wachsen ist. Das kostbare Gut der Arbeitskraft, das wertvollste Gut des deutschen Volkes, muß viel mehr geschützt werden, als bisher. Wenn der Name dieses Ministeriums in „Reichswirtschaftsministerium“ verandert werden soll, so haben wir nichts dagegen; denn schließlich dient doch seine Arbeit der Hebung der Wohlfahrt der arbeitenden Menschen. Noch fehlt so manches, was unerlässlich ist, wenn der Arbeiter endlich den Platz im Volksganzen erhalten soll, der ihm von Rechts wegen zusteht! Der Minister hat hervorgehoben, daß der Novemberumsturz nicht nur einen politischen, sondern einen sozialen Charakter hatte. In der Tat: der Sinn der November-Revolution ist, daß alle Arbeiter, Männer und Frauen zu freien, mitbestimmenden Gliedern im Wirtschaftsprozess werden sollen. Das ist bisher noch nicht in dem Maße geschehen, wie wir das wünschen und fordern müssen. Das Betriebsrätegesetz muß ausgebaut werden. Wir erwarten gewiß nicht von der Gesetzgebung allein das Heil. Wir Sozialdemokraten sind uns darüber ganz klar, daß das Heil ist: die Reife und Befähigung der Arbeiterschaft zu den höchsten Aufgaben in Staat und Wirtschaft. Jeder soll an seinem Platz seinen Mann stellen zum Wohl der Allgemeinheit. Aber gerade deshalb darf die begonnene Entwicklung nicht aufgehalten werden. Wir warnen im Interesse des ganzen deutschen Volkes diejenigen, die dem Rad in die Speichen greifen wollen. Erschütterungen des Arbeitsprozesses sind heute viel schädlicher als vor dem Krieg; aber sie werden nicht vermieden durch

## das einseitige Verhalten vieler Unternehmerkreise.

Ein Blick auf den großen Kampf in der Metallindustrie Süddeutschlands zeigt, daß es um die elementarsten Grundrechte der Arbeiterschaft geht. Trotz Teuerung und Not kämpft die Arbeiterschaft Süddeutschlands mit Opfermut den Kampf durch. Unsere Arbeitsbrüder im Süden sind sich darüber klar, daß sie nicht bloß für sich selbst, sondern für alle Arbeiter ins Feuer gehen. Dieser Kampf sollte eine Warnung sein, besonders beim Streit um den Achtstundentag. Von dieser Stelle aus betonen wir laut und deutlich:

## der Achtstundentag ist eine Notwendigkeit

nicht nur für den Arbeiter, sondern auch für die Familie, für die Kinder des Arbeiters. Ohne Achtstundentag kein Familienleben. Das mögen doch diejenigen bedenken, die immer die Familie als Urheber der Gesellschaft loben und preisen. Der Achtstundentag schädigt nicht die Wirtschaft, er nützt ihr; sie kann nur gedeihen, wenn die Arbeitsfreude nicht zerstört wird, wenn die, die heute die Lasten für den Krieg schleppen müssen, in ihrer Gesundheit und in ihrem Lebensmut nicht gedrückt werden.

Der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes bedeutet einen Rückschritt gegenüber den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten und erregt unsere Bedenken. Der Minister möge für einen Entwurf sorgen, der nicht nur die Mehrheit dieses Hauses befriedigt, sondern der auch die Zustimmung der Arbeiter finden kann. Gewiß ist die Vereinfachung des Arbeitsrechtes schwierig, aber das große Werk muß geschaffen werden, wie die Verfassung es will. Nie wieder wird die Arbeiterschaft sich in die alte Entrechtung hinunterdrücken lassen. Versuche dazu sind ein Spiel mit dem Feuer. Auch das Arbeitsnachweisgesetz muß schwere Bedenken wachrufen. Die Berufsberatung hätte hierbei besser beachtet werden müssen. Die Kräfte, Energien und Anlagen müssen frei gemacht werden. Der Beruf ist nicht, wie bisher so oft, lediglich eine Sache der Geburt und des Geldwerts. Wir bedauern, daß unser Antrag, der Reichszuschüsse für Berufsberatung zu verdoppeln, abgelehnt worden ist. — Beim Hausangestelltenrecht liegen die Dinge ebenfalls schwer im Argen; noch ist eine fest begrenzte Arbeitszeit nicht durchgeführt. Auch christliche Arbeitervertreter finden an einer dreizehnhündigen Arbeitszeit Geschmack und Gefallen. Das Recht der Hausangestellten muß ausgestaltet werden und ebenso das der Hausarbeiter. Man lese nur die Berichte der Gewerbeinspektoren durch und wird finden, daß unter den Heimarbeitern vielfach eine Kollage herrscht, die geradezu unerträglich ist. Das Kapitel der Kinderarbeit ist grauerregend; z. B.

verdient ein 12jähriges Mädchen als Kofee-Maschinennäherin wöchentlich 2 Mark.

Für zwei Mark muß dieses Mädchen seine Jugend verkaufen. — Viel mehr Arbeiterchutz und Arbeiterrecht, besonders für die Frauen, ist notwendig. Man muß den Frauen die Möglichkeit zum Fortschritt erst schaffen. Die meisten Notgefälle sind im Ruhe durch die Geldwertverwertung überholt. Deshalb kein Jögern im Ausbau des Versicherungswesens. Es braucht Zusammenfassung und Einheitslichkeit. Die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Arbeit Gefallenen sind in gleicher Weise zu behandeln und zu unterstützen wie die Kriegerhinterbliebenen. Schutz vor der äußersten Not genügt nicht, sondern Vorbeugung und Hilfe beizeiten sind nötig. — Wir haben heute einen Frauenüberschuß. Es hat deshalb wenig Zweck, die Fernhaltung der Frauen vom Arbeitsmarkt zu versuchen. Wichtiger ist, den Arbeiterinnernschuß auszubauen, und dies vor allem unter Hinzuziehung von Frauen. Die Zusammenkünfte der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Austausch der Erfahrungen sollten neu belebt werden. Reichsarbeitsministerium und Wohlfahrtsministerien der Länder müssen dafür sorgen, daß die Jugendlichen nicht nur ihre Erholung bekommen, sondern auch den Verlust an moralischer Stärke und geistiger und feislicher Ausbildung einholen, der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursacht wurde. Wenn es sich um soziale Forderungen handelt, verweist man uns immer recht gerne auf den Druck der Entente und die Hemmungen von dort. Wir kennen diese Hemmungen, aber man soll doch auch nicht vergessen, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, die Washingtoner Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in bezug auf den Schutz von Frauen und Jugendlichen weit über das hinaus ging, was Deutschland bisher in diesem Punkte kannte. Es wäre für Deutschland kein Schaden, wenn es in der Sozialpolitik soweit wäre, daß es sagen könnte: Deutschland in der Welt voran! Die Sozialreform liegt im Interesse des ganzen Volkes. Stand am Kriegsende, wie der Reichsarbeitsminister betonte, nicht nur ein politischer Umsturz, sondern auch eine soziale Erschütterung, so müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Behrens (Dnat.): Die Revolution hat die soziale Gesinnung nicht gestärkt. Es ist für den Richterstand von Vorteil, wenn er mit dem Arbeitsrecht zu tun hat. Die Arbeitsgerichte werden am zweckmäßigsten den ordentlichen Gerichten angegliedert. Das Wesentliche ist, daß in den acht Stunden wirklich gearbeitet wird. Von einer Herabsetzung der Arbeitszeit in den Bergwerken und ähnlichen mit Gefahren verbundenen Berufen sehe ich ab.

Abg. Karsten (U. Soz.): Das Reichsarbeitsministerium ist ein Arbeitsverwaltungsministerium, kein soziales Ministerium. Bei Leistungserhöhungen erklärt es stets, die deutsche Wirtschaft sei nicht tragfähig. Wenn aber Hermes mit der Umsatzsteuer Milliarden aus der deutschen Wirtschaft herausholt, so fragt man nicht nach der Tragfähigkeit. Auf dem Württ. Parteitag rief der Reichsjustizminister noch: Hände weg von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten!

Abg. André (Z.): Die Angestelltenversicherung muß ihre Selbstständigkeit behalten und ausgebaut werden. Die Unfallrentner mit weniger als 50 Proz. Rente haben seither keine Erhöhung ihrer Renten empfangen. Der Achtstundentag ist nicht für alle Betriebe in gleicher Weise durchführbar.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Sp.): Geldwertverteilung und überstürzte Gesetzgebung infolge der Novemberumwälzung machen es nötig, daß der Gesetzgeber nun manden Schutz auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung wieder ergreifen muß. An der Not der Kleinrentner ist nicht zum wenigsten die Erfüllungspolitisch schuld, die die Befriedigung unserer Gegner der Fürsorge

für unsere eigenen Volksgenossen voranstellt. Unter den Arbeitslosen sind in den Großstädten viele unruhige Elemente. Die Betriebskrankenkassen dürfen nicht Parteidoctrinen gepflegt werden. Der Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Nachweisen ist gut. Der schematische Achtstundentag ist ein wirtschaftliches Unglück. Die Sozialpolitik soll die Massengegenstände überbrücken und die Menschen zur Volksgemeinschaft erziehen. An die Stelle der Koalitionsfreiheit darf kein Koalitionszwang treten. (Unruhe und Zurufe links.) In lebenswichtigen Betrieben müssen die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse gelten.

Abg. Erkelenz (Dem.): Wir danken dem Minister für seine sozialpolitische Tätigkeit. Von Koalitionszwang kann keine Rede sein. Man darf das Problem der Koalitionsfreiheit nicht bloß vom Standpunkte der Arbeitgeber betrachten. Die Sozialpolitik der Zukunft ist eine andere als die der Vergangenheit, die mehr für Sorge Tätigkeit war und in der Regel gemacht gegen die Arbeiter. Wir wollen keine Treibhauskultur des Sozialbeamtentums, sondern Entlastung der sozialen Fürsorge, Ergänzung durch die soziale Selbstverwaltung der Gewerbe und Berufe. Das vorliegende Arbeitsnachweisgesetz wie die Arbeiter- und Angestelltenversicherung setzen noch immer auf dem alten Standpunkt, ebenso die Schlichtungsordnung. Sie kann und darf nicht vorübergehen an den großen Tarif- und Schlichtungseinrichtungen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Ich bin gegen die rein schematische Durchführung des Achtstundentages, aber für seine grundsätzliche Aufrechterhaltung.

Abg. Schwarzler (Bayer. Sp.) bedauert das geringe sozialpolitische Interesse und die Ueberfälle der Besetze in Deutschland.

Abg. Barch (Komm.) wirft dem Arbeitsminister vor, er habe seine Pflicht nicht erfüllt.

Donnerstag 11 Uhr: Einzelberatung. Interpellation Thiel (D. Sp.) über die Erhöhung der Renten der Kriegesbeschädigten. Ernährungsministerium. — Schluß 7 Uhr.

## Zeitungsbezug während der Sommerreise

Unsere Abonnenten, welche Wert auf regelmäßige Lieferung des „Vorwärts“ während ihrer Sommer- resp. Urlaubsreise legen, bitten wir, nachstehende Zellen zu beherzigen: Postbezieher müssen die Umleitung an die neue Adresse mindestens 8 Tage vor Reisebeginn bei ihrem Postamt beantragen und ebenso vor der Rückreise bei der Post rechtzeitig die Rücküberweisung veranlassen. Für diese Umleitung verlangt die Post eine einmalige Gebühr von 2 Mark. Abonnenten, die ihre Zeitung durch die Botenfrau beziehen, können sich den „Vorwärts“ unter Streifenband nachschicken lassen, wobei für Porto und Versand bis zum 30. Juni d. J. täglich M. 1,10, nach dem Zustand täglich M. 1,70 berechnet werden. Vom 1. Juli d. J. ab kommen die neuen Portogebühren zur Berechnung. Die Lieferung kann innerhalb Deutschlands auch durch Postüberweisung erfolgen, aber nur bei längerem Aufenthalt (über acht Tage innerhalb eines Kalendermonats an einem Ort). Aufträge für solche Postüberweisungen müssen uns spätestens 8 Tage vor Reiseantritt gegeben werden, da sonst nicht mit einem pünktlichen Einsetzen der Postlieferung zu rechnen ist. Wir bitten unsere Leser, diese Aufträge direkt in ihrer zuständigen Filiale unter gleichzeitiger Zahlung der Gebühren zu erteilen.

## Das Zeitungssterben.

Infolge der maßlosen Verteuerung der Druckpapierpreise und der übrigen Materialien, die im Zeitungsgewerbe weit über das Maß der normalen Preiserhöhung hinausgeht, hat bereits eine große Reihe von Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen oder sich vor die Frage gestellt gesehen, wie lange unter den schwierigen Verhältnissen die Aufrechterhaltung eines selbständigen Unternehmens noch möglich ist. Folgende Tabelle beleuchtet die rapide Preissteigerung für Zeitungsdruckpapier besonders in den letzten zwei Jahren. Es kostete je Kilogramm:

1. Januar 1914	20 1/2 Pf.
1. „ 1919	54 1/2 „
1. „ 1920	195 1/2 „
1. „ 1921	800 1/2 „
1. „ 1922	700 1/2 „
1. Februar 1922	780 1/2 „
1. März 1922	825 1/2 „
1. April 1922	1280 1/2 „
1. Mai 1922	1590 1/2 „

Die Papierpreise sind also bereits auf dem 80fachen Stand von 1914 angelangt und haben sich allein seit Anfang 1920 auf das Achtefache erhöht. Ähnlich verhält es sich mit den Materialkosten für die Drucklegung der Zeitung. Da aber eine Erhöhung der Bezugspreise trotz aller Versuche, sie der allgemeinen Teuerung anzupassen, nur in begrenztem Umfange möglich ist, ist das Zeitungssterben in vollem Gange.

Die maßgebenden Regierungsstellen scheinen die Situation noch immer falsch einzuschätzen, denn sonst wäre es unerklärlich, daß die seit langem geforderten Hilfsmahnahmen immer noch auf sich warten lassen. Man übersieht offenbar, daß das Aussterben der Zeitungen sich nicht mit einem Male vollzieht, sondern daß die Presse mit zähem Widerstand ihren Existenzkampf führt. Erst wird der Raum auf das äußerste beschränkt und alle anderen Ersparnismaßnahmen angewandt, und erst wenn es wirklich nicht mehr geht, entschließt man sich zum Einstellen des Betriebes. Auf diese Weise sind schon Blätter, die mehrere Menschenalter hindurch den Nachrichtendienst und die politische Information des Volkes versehen haben, nach langem Ringen von der Bildfläche verschwunden. Die meisten übrigen aber, soweit sie nicht vom Großkapital oder von einzelnen Interessengruppen unmittelbar unterstützt werden, stehen am Rande ihrer Kraft. Das müßte die Regierung nach den Kundgebungen der Verlegerverbände wissen. Wir fragen erneut, was und wann sie endlich etwas gegen die Zeitungsnot tun wird.

In dem Petersdorfer Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen drei Angeklagte Todesstrafe, gegen drei weitere je 15 Jahren Zuchthaus. Die Urteilsverkündung erfolgt heute nachmittag um 4 Uhr.

Ulstein in Prag. Das „Leipz. Tagebl.“, das der unter Führung des Ulstein-Verlages gegründeten Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. gehört, gibt bekannt, daß in die Reihe der Gesellschaftsmitglieder die Firma Heinrich Meryn Sohn in Prag getreten ist, die das „Prager Tagblatt“ und andere deutsche demokratische Zeitungen in der Tschechoslowakei herausgibt. Dem maßgebenden Einfluß in der Gesellschaft behält Ulstein. Die Zusammenarbeit sei dazu bestimmt, die geistige Bande zwischen dem demokratischen Deutschland diesseits und jenseits der Reichsgrenzen noch enger zu knüpfen.

## Die willkürliche Kriegsjustiz. Freisprechung im Wiederaufnahmeverfahren.

Der Direktor der Albatros-Werke in Berlin, Ingenieur Otto Wiener, war im Dezember 1915 zu einem Jahr sechs Monaten Festung verurteilt, weil er angeblich zum Schaden der deutschen Marine Mittelungen über Flugboote an die italienische Marinebehörde hatte gelangen lassen. Auf seinen Antrag hat der erste Strafsenat des Reichsgerichts die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet und die Sache an den zweiten Strafsenat verwiesen. In der jetzigen zweitägigen Verhandlung beantragte der Reichsanwalt zum Schluß Freisprechung. Das Urteil lautete demgemäß. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. Der Prozeß dürfte insofern noch ein Nachspiel haben, als Ingenieur Wiener Ansprüche für den Schaden geltend machen wird, der ihm durch die vom Oberkommando in den Marken angeordnete Schließung der Albatros-Werke im Jahre 1917 entstanden ist.

Die Freisprechung erfolgte in der Hauptsache, weil ein damaliger Sachverständiger bekundete, er habe sich geirrt, als er die betreffende Einrichtung als eine geheimzuhaltende begauckete. In der jetzigen Verhandlung wies Wiener darauf hin, daß die fragliche Einrichtung durch Veröffentlichung des Reichsmarineamt mit Abbildungen damals bereits allgemein bekannt gewesen sei und gelegentlich der Kieler Woche im Frühjahr 1914 allen Angehörigen fremder Militärmissionen die Möglichkeit offenstanden habe, Kenntnis von den neuen Wasserflugzeugen mit ihren Einrichtungen zu nehmen. Auch in Warnemünde seien die Flugzeuge ausgestellt gewesen.

Dieser Prozeß legt die Frage nahe, ob nicht auch viel schwerere Verurteilungen unschuldig seien.

## Etappen-Kunze als Erfinder.

Das Pogromorgan „Deutsches Wochenblatt“ hatte vor einigen Monaten einen Artikel über das Weihenstepfer Arbeitsamt gebracht, in dem behauptet wurde, daß in dem Arbeitsamt jüdische Arbeiter, besonders ein gewisser Grünbaum, besondere Vorteile genießen, daß Grünbaum Kommunist sei und seine Gesinnungsgenossen im Arbeitsamt bevorzugt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof erklärte nun der beklagte Redakteur Dux, daß er als verantwortlicher Schriftleiter des „Deutschen Wochenblattes“ dem Herausgeber Kunze gegenüber die Aufnahme des Artikels verweigert habe, da ihm bekannt gewesen sei, daß der Artikel frei erfunden war und jeder Unterlage entbehre. Nachdem Dux kurz vor der Drucklegung der in Frage kommenden Nummer die Redaktion verlassen hatte, sei Kunze in die Gehänge gegangen und habe gegen den Willen seines verantwortlichen Redakteurs den Artikel, noch dazu mit Anmerkungen versehen, setzen lassen. Das Gericht verurteilte Kunze telephonisch zu haben, um ihn als Zeugen zu hören, doch erklärte Kunze, der telephonischen Aufforderung nicht Folge leisten zu können. Auf Antrag des Verteidigers Dr. Broh beschloß das Gericht, die Verhandlung zu vertagen und Kunze sowie mehrere andere Zeugen darüber zu hören, ob der betreffende Artikel gegen den Willen des Beklagten von Kunze selbst veröffentlicht worden sei.

## Preussische Bergwerksdebatte.

Der Landtag erledigte gestern in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über die Ausgleichszuschläge. Da es sich hierbei auch um Aufwandsentschädigungen für politische Beamte handelt, hatten die Kommunisten entschieden Kampf dagegen angekündigt. Bei der Beratung war aber keiner von ihnen im Saal, so daß nicht einmal ein Widerspruch gegen die dritte Lesung erfolgte. Beim Bergeat behandelte Sobotta (Komm.) Betriebsrätefragen, Lohn- und Preisfragen. Genosse Franz-Katow wies darauf hin, daß heute die Leistung der Bergleute an die Friedenseistung herankomme. Die Förderung wäre aber noch viel höher, wenn die Betriebsräte anerkannt, anständig behandelt und ihre Ratschläge befolgt würden. Die Konflikte wegen der Waisener wurden von den Unternehmern mit Willkür und unermantwortlich provoziert. Genosse Franz besprach dann die Frage der Unfallverhütung und brachte zahlreiche Klagen aus seiner ober-schlesischen Heimat vor. Handelsminister Genosse Siering will das untersuchen; er berichtigte einige Ausführungen Sobottas. Eine besondere Rolle bekam die Debatte nach einer bedeutungslosen Rede des Deutschnationalen Martin durch eine Rede des Volksparteilers Pinkerneil, die an Scharfmacherei alles übertraf, was sich bisher ein Angehöriger einer Koalitionspartei gegen die freigewerkschaftliche und sozialistische Arbeiterschaft erlaubt hat. Was die Wulle-Blätter einmal über einen tausenden oder geschäftsmachenden Betriebsrat schrieben, verallgemeinerte Pinkerneil, was er an Entstellungen über den Ruhrstreik ausgetragen erhielt, gab er als Wahrheit aus und krönte das alles durch die Verhöhnung der Waisener. Auf diese Scharfmacherei wird Genosse Husemann am Donnerstag sehr gründlich antworten.

## Siege der Schweizer Arbeiterschaft.

In der Baseler Volksabstimmung wurde das bürgerliche Volksbegehren auf Unvereinbarkeit gewisser Wahlmandate mit Beamtenstellungen verworfen und gegen die bürgerlichen Parteien das Benjoni- und Krankentafelgesetz angenommen. Die Züricher Stadtrats- und die Genfer Gemeindevorstände brachten den Arbeiterparteien Erfolge. Der Lohnabbau, der Anschlag auf die 48-Stunden-Woche und die Arbeitslosigkeit des Valaislandes schließen die schweizerische Arbeiterschaft zusammen.

Ostwig von Hirschfeld befindet sich nach amtlicher Meldung wieder in Strafhast.

Aufwandselder für den Staatsrat. Der Verfassungsausschuß des Landtages hat nach längerer Beratung beschlossen, den Mitgliedern des Staatsrats die Fahrkosten in Höhe der Entschädigung für Dienstreisen der Oberpräsidenten zu erstatten, ein Tagelohn in Höhe von ein Zwölftel des Monatsbetrages der Landtagsdiäten an bewilligen, dem Vorsitzenden des Staatsrates die Bezeichnung „Präsident“ beizulegen und ihm jährlich 20 000 M. Aufwandsentschädigung zu gewähren.

## Letzte Nachrichten.

### Mord aus Eifersucht.

Gestern nachmittag gegen 6 Uhr hat der 28 Jahre alte Uhrmacher Paul Schubert, der bei seinen Eltern im Hause Joffener Straße 1 wohnte, auf dem Hofe des Grundstücks Enslauer Straße 20 die 24 Jahre alte Stenotypistin Dorothea Wastt erschossen. Wir erfahren dazu folgendes: Schubert unterhielt seit einiger Zeit mit der Wastt ein Liebesverhältnis, das letztere aber aufgelöst hatte. Seit einigen Tagen verfolgte nun Schubert seine ehemalige Geliebte und lauerte ihr verächtlich auf. Gestern nachmittag, als sie eben das elterliche Wohnhaus Enslauer Straße betreten wollte, sah sie Schubert auf sich zukommen. Nichts Gutes ahnend, lief sie über den Fluß nach dem Hofe, verfolgt von Schubert, der sie hier erreichte und durch einen Revolveranschuss in den Hinterrumpf zu Boden streckte. Dann gab er noch zwei Schüsse ab. Ein in demselben Hause wohnender Straßenbahnler, der vom Fenster aus die Szene beobachtet hatte, eilte herunter und nahm mit anderen Hausbewohnern die Verfolgung des Täters auf. Er wurde auf der Straße ergriffen und der Polizei übergeben. Vorher hatte er versucht, sich selbst zu erschießen, doch hatte die Waffe versagt. Er hat die Tat aus Eifersucht begangen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Maßregelung der Eisenbahnbeamten. Eine Denkschrift der Reichsgewerkschaft.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -wärter hat in einer 20 Seiten starken Denkschrift das gesamte Material zu den Maßregelungen der am Februarstreik beteiligten Beamten zusammengefaßt. Zunächst wird auf eine Verhandlung am 2. Februar mit dem Reichskanzler verwiesen, wonach der Reichskanzler versicherte, die Maßregelungen könnten zwar nicht ganz weglassen, doch könne er die Zusicherung geben, daß nur ganz wenige Einzelfälle übrig bleiben würden. Denken Sie bei den Maßregelungen nicht gleich an Entlassungen, sondern auch an Verweise und Warnungen.

Am folgenden Tage wurde festgestellt, daß Einstimmigkeit darüber bestehe, daß 1. die bereits verfügten Entlassungen auch unter die Vereinbarung fallen und 2. die kündbaren Beamten genau so behandelt werden wie die unkündbaren.

Auch nicht eine dieser Vereinbarungen über Maßregelungen sei gehalten worden. Schon die Richtlinien des Reichskabinetts ständen mit den Vereinbarungen in Widerspruch.

Sehr viele Entlassungen seien erst nach dem Bekanntwerden der Richtlinien in die Wege geleitet worden. Die Erklärungen zu den Richtlinien besagen, daß die unter 1a und 1b fallenden kündbaren Beamten zur Beschäftigung wieder zugelassen würden, auch wenn sie schon entlassen worden sind. Viele Direktoren, wie holl a. d. S., Dresden, Stettin, Breslau usw., hätten diese Bestimmung dahin ausgelegt, daß den kündbaren Beamten meist erst nach Herausgabe der Richtlinien das Dienstverhältnis fristlos gekündigt wurde. Nach Ablauf von einem Tage seien die gekündigten Beamten unter Verlust ihrer erworbenen Rechte auf Anstellung und höhere Befoldung sowie unter erheblicher Verletzung der erworbenen Rechte aus der Arbeiterpensionskasse B und den Krankenkassen wieder eingestellt worden. Im Bereich der Eisenbahndirektion Halle wurden 407, in dem der Direktion in Breslau 500 Beamte und Angewandte davon betroffen. Eine namentliche Liste dieser Beamten ist angefügt. Diese Massenentlassungen auf 24 Stunden ständen in völligem Gegensatz zu den Vereinbarungen.

Der Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 2. Februar stehe in direktem Gegensatz zur Reichsverfassung. Der Begriff Urheber des Streiks in den Richtlinien verstoße gegen Punkt 4 der Vereinbarungen mit dem Reichskanzler. Der Auslegung in den Richtlinien folgend sei gegen alle unkündbaren Beamten, soweit sie sich als Gewerkschaftsfunktionäre betätigten, in den Versammlungen die Lage erklärt und die Streikparole des Vorstandes bekanntgegeben, das Disziplinarverfahren eingeleitet und kündbare Beamte entlassen worden. In diesen Fällen seien die Entlassungen bereits von den Spruchkollegien der General- und Eisenbahndirektionen bestätigt worden.

Dann wird eine Eingabe vom 24. Februar an den Reichsverkehrsminister zitiert und die Antwort vom 2. März darauf, wonach gegen Beamte, die nur den Streikbeschluss weitergeleitet oder ihn an ihrem Dienstort in Versammlungen oder sonstwie bekanntgegeben und zu seiner Befolgung durch Wort oder Beispiel aufforderten, weder im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens noch im Wege der Kündigung eingeschritten werde. Verschiedene Direktoren haben sich an diese Zusage nicht gehalten. Die Denkschrift geht dann auf die Anwendung des Begriffs der hervorragenden Mitwirkung und auf die Frage: Was ist Sabotage? ein und schließlich auf die Frage: Wer ist Vorgesetzter?

Die mit reichem Material besetzte Denkschrift sucht den Nachweis zu erbringen für die Behauptung, daß auch nicht eine der am 7. und 8. Februar zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Reichsgewerkschaft getroffenen Vereinbarungen über die Maßregelungen gehalten wurde.

Eine gründliche Nachprüfung der in der Denkschrift gemachten Angaben erscheint auch uns durchaus notwendig, da hier nicht nur die Existenz vieler Eisenbahnbeamten auf dem Spiele steht, sondern auch das ganze Verhältnis der Eisenbahnbeamten zum Deutschen Reich durch offensichtliche Ungerechtigkeiten schwer gefährdet würde. Manche Direktoren erwiesen sich weit päpstlicher als der Papst und gingen über die unbedingt notwendigen Maßnahmen weit hinaus. Die Hochhaltung der Disziplin darf nicht in Rücksicht ausarten. Werden Uebergriffe rückgängig gemacht, wird Unrecht gut gemacht, dann wird auch das nötige Vertrauen wiederhergestellt. Der Bandjäger Freund in Weba, der im Namen von S. R. S. — Seiner Majestät Sattlermeister — Beamten mit Verhaftung drohte, darf gleich ähnlichen wackeren Stützen der Republik hier keine Rolle spielen.

Gegen das Urteil der Disziplinarkammer in Erfurt, auf Dienstentlassung gegen Wenne u. Gen., ist Berufung eingelegt, mit der sich der Reichs-Disziplinarkhof in Leipzig befassen wird. Da mehrere hundert Disziplinarverfahren bei den verschiedenen Disziplinarkammern schweben, sieht man in den Kreisen der Beamenschaft der prinzipiellen Entscheidung in Leipzig mit großem Interesse entgegen.

### Der Werftarbeiterkampf in Stettin — „abgewürgt“.

Vom Metallarbeiterverband schreibt uns das Hauptvorstandsmittglied Genosse Loh:

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in Nr. 227 einen ihr aus Stettin zugegangenen Bericht über die Beendigung der Aussperrung auf der Wulfanwerft, in dem wörtlich folgende Behauptung enthalten ist: „Am Dienstagmorgen fand eine Betriebsversammlung statt. Der Kampfsgeist war noch immer ein guter, die Arbeiter protestierten gegen die Entlassung der „überzähligen“ Arbeiter und waren für Fortführung des Kampfes. Das Hauptvorstandsmittglied Loh vom Deutschen Metallarbeiterverband erklärte aber, daß dann keine Streikgelder vom Hauptvorstand gezahlt werden.“

Folgende Feststellungen mögen zunächst genügen, um diese Behauptung als eine Lüge zu kennzeichnen. Bei Beginn der Verammlung der Wulfanarbeiter teilte der Bevollmächtigte Reuter

mit, daß am gleichen Tage abends 6 Uhr Unterstützung ausgezahlt werde. Trotzdem versuchte das Betriebsratsmitglied Kummel, dem Vorstand Sabotage durch Nichtauszahlung der Streikgelder vorzuwerfen. Er behauptete, gehört zu haben, daß ich während der gestrigen Verhandlungen erklärt haben soll, der Vorstand wolle keine Unterstützung an die Streikenden zahlen. Am Tage vorher fand ebenfalls eine Versammlung statt, und ich habe ich auseinandergesetzt, daß ich alles Erdenkliche tun werde und auch alles getan habe, damit die Gelder so schnell als möglich der Verwaltung Stettin überwiesen werden. Nachdem in der letzten Versammlung Kummel seine unbegründeten Vorwürfe gegen den Vorstand abermals erhob, habe ich dann, nachdem eine Reihe von Kollegen gesprochen hatten, diese falsche Behauptung richtiggestellt. Kein Wort ist von meiner Seite während der Versammlung gefallen, daß der Vorstand die Streikunterstützung nicht zahlen könne oder wolle. Weder Kummel noch andere Redner, die nach mir sprachen, sind auf diese Angelegenheit nochmals zurückgekommen.

Das Vorgehen der „Roten Fahne“ sowie ihres Gewährsmannes ist zu durchsichtig, und es müßte auch den Lesern der „Roten Fahne“ selbst auffallen, daß nach dem Bericht die kommunistischen Genossen von einer Fortführung des Kampfes abgeraten haben. Die kommunistischen Verhandlungsteilnehmer haben am Tage vorher erklärt, daß nach dem Fortfall der neun Punkte, welche die Direktion der Wulfanwerft nicht mehr zur Bedingung der Arbeitsaufnahme machte, kein anderer Weg als die Arbeitsaufnahme den Kollegen empfohlen werden könne. Nachdem es durch das Eingreifen der Gewerkschaften gelungen ist, ein Unterschreiben dieser neun Punkte durch die Arbeitererschaft zu verhindern, der wesentlichste Streitpunkt also beseitigt war, wird nunmehr versucht, die Verantwortung für den Abschluß dieser Bewegung durch Verleumdungen abzumägen. Vielleicht ist es der „Roten Fahne“ möglich, ihren Gewährsmann zum öffentlichen Eintreten für seine Behauptungen zu veranlassen.

### Neue Forderungen der städtischen Arbeiter.

Das Lohnkartell der städtischen Arbeiter Berlins hat am Dienstag dem Tarifamt des Magistrats neue Forderungen überreicht. Für Juni wird eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 7 % pro Arbeitsstunde verlangt, so daß sich der Lohn für den ungelerneten Arbeiter auf 20 bis 21 M., für den Handwerker auf etwa 23 M. pro Stunde stellen würde. Die Lohnerhöhung im Mai von 50 Pf. habe in keiner Weise die Teuerung ausgeglichen können, weshalb für alle städtischen Arbeiter für den Monat Mai eine Entschädigungsbeihilfe von 1000 M. verlangt wird.

Die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen werden zwischen dem Tarifamt und dem Lohnkartell in nächster Woche erfolgen. Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedsspruch über den Manteltarif vom 14. April für verbindlich erklärt bis zum Jahre 1924.

Die kommenden arbeitsrechtlichen Gesetze behandelt Genosse Clemens Körpel im Rahmen der Betriebsräte-Schule in einem Kursus von vier Unterrichtsabenden. Die Schlichtungsordnung, das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsnachweisgesetz, das Tarifgesetz und das Gesetz über Arbeitsgerichte gelangen zur Besprechung. Der Kursus beginnt heute um 8 Uhr im Sophien-Physikum, Weinmeisterstr. 16/17, Anmeldungen im Kursus und in der freigewerkschaftlichen Betriebsratszentrale Engelauer 24/25, 2. Hof, I.

Für verbindlich erklärt ist die tarifliche Vereinbarung zwischen dem Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen und dem Deutschen Metallarbeiterverband, abgeschlossen am 26. Oktober 1921 (Vergleich auf Grundlage des Tarifvertrages vom 4. Mai 1921 mit Nachträgen für die gewerblichen Arbeiter der Berliner Metallindustrie) mit beruflichem Geltungsbereich für die im Elektro-Installationsgewerbe beschäftigten Elektromonteur, Helfer und Werkstattarbeiter, und räumlichem Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit für die Stadtgemeinde Berlin. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Januar 1922. Geschäftszeichen: IV D 8082/13. Die Branchenkonferenz der Monteur nimmt heute zu dieser Verbindlichkeitsklärung Stellung. Die Kommissionsmitglieder werden gebeten, eine Stunde früher anwesend zu sein.

In der Hamburger Schokoladen-, Zuckermilch- und Keksindustrie ist ein Streik mit 5000 Beschäftigten ausgebrochen wegen Lohnunterschieden. Der Arbeitgeberverband hat die Streikenden für vertragsbrüchig erklärt und die Schließung der Betriebe wie die Entlassung der Streikenden beschlossen.

Die Aussperrungen in der Frankfurter Metallindustrie wurden in allen Betrieben des Bezirks Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Hanau, Oberursel und Bad Homburg durchgeführt. In Höchst a. M., das in der besetzten Zone liegt, dürfen keine Aussperrungen erfolgen. Da die meisten Betriebe der Metallindustrie sechsstägige Kündigungen haben, würden die Aussperrungen von nächsten Montag ab in Kraft treten. Die Möglichkeit, daß es vorher noch zu einer Einigung kommt, ist nach der „Frankfurter Zeitung“ nicht ausgeschlossen. Seit voriger Woche schweben zwischen den süddeutschen Metallindustriellen und den süddeutschen Gewerkschaften in München Verhandlungen. Auch der Frankfurter Metallarbeiterverband ist dabei vertreten. Die Metallarbeiter haben sich angeklagt bereit erklärt, nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers 47 Stunden und eine Zwischensperre zu übernehmen. Die Metallindustriellen besitzen aber auf 48 Stunden. Sollte es in München zu einer Einigung kommen, so hätte dies auch für den Frankfurter Bezirk Geltung. Die Kündigungen dürften dann zurückgenommen werden und die Aussperrungen unterbleiben.

Die Angestellten der Stettiner Versicherungsgesellschaften traten gestern früh in den Streik ein. Sie fordern die Anerkennung des Schiedsspruches, der ihnen höhere Gehälter gewährt. Dieser Schiedsspruch ist bisher von den Versicherungsgesellschaften abgelehnt worden.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion I, Gruppe A, Buchhandel, Graphisches Gewerbe: Freitag 7 Uhr in der Schulstraße, Stollschreiberstr. 14, wichtige Gruppenversammlung. Mitteilungen und Bericht über die Verhandlungen. — Gruppe B, Gruppe Glas und Keramik: Freitag 1/2 Uhr bei Poststraße, Reichthorstr. 15, Gruppenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Genossenschaftsverband. Tiefenarbeiterversammlung Freitag 7 Uhr in Webers Hofstraße, Webers Hofstr. 17. Bericht von den Lohnverhandlungen. — Waidhiner. Betriebsräte und Vertrauensleute der Geschäftsbühnen: Freitag 4 1/2 Uhr wichtige Sitzung bei Baum, Stollschreiberstr. 41. — Die Branchenleitung.

# Wirtschaft

## Reichseinnahmen und Geldentwertung.

Die Statistik der Reichseinnahmen im Rechnungsjahr 1921/22, das am 31. März zu Ende ging, zeigt die bereits angekündigte Erhöhung der Einkünfte, der allerdings die fortgesetzte Entwertung des Geldes und damit eine Steigerung der Ausgaben gegenübersteht. Nicht nur die Einnahmen des Vorjahres sind erheblich übertraffen, auch über die Voranschläge, die der Geldentwertung bereits Rechnung zu tragen suchten, gehen die Zuflüsse zu den Reichskassen weit hinaus. In den einzelnen Steuergruppen gestaltete sich das Bild der Reichseinnahmen folgendermaßen:

	1. April 21 5. Ende März 22	Vorjahr	Vor- anschlag
in Millionen Mark			
Besitz- u. Verkehrssteuern (darunter Einkommensteuer und Umsatzsteuer)	64 844	33 176	40 953
Hölle und Verbrauchssteuern	19 485	10 688	14 989
Ausgabenabgabe	3 095	2 234	824
Reichspost und Telegraphenverwaltung	1 035	8 720	8 077
Reichsbahn	42 118	17 145	37 500

Aus den wichtigsten Einnahmequellen sind folgende hervorgehoben:

Einkommensteuer	28 146	9 593	20 000
Körperschaftsteuer	1 549	4 500	2 000
Kapitalertragsteuer	1 487	908	1 400
Reichsnotopfer	8 649	9 336	2 200
Besitzsteuer	100	10	25
Erbischaftsteuer	617	256	620
Umsatzsteuer	11 195	4 204	9 000
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und ältere einmalige Besatzabgabe	5 820	5 191	2 000
Hölle einm. Aufgeld	5 936	2 149	4 400
Zins- und Zigarettensteuer	6 749	4 670	5 800
Werksteuer	343	155	165
Zuckersteuer	149	118	160

Trotz der starken Entwertung der Baluta haben die Ausgabengabgaben verhältnismäßig viel weniger zugenommen als die Einnahmestellen.

Bei einem Vergleich der eingegangenen Steuern mit dem Soll ist zu berücksichtigen, daß die unter Einkommens- und Besitzsteuern genannten Zahlen des Voranschlags nicht die Restbeträge enthalten, die aus früheren Jahren zu erwarten waren. Im ganzen Haushalt sind das 15 079 Millionen Mark, die sich in der Hauptsache auf das Reichsnotopfer und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs beziehen. Setzt man diese Beträge mit in das Soll ein, so ergibt sich ganz eindeutig, daß die Verbrauchssteuern bedeutend stärker im Verhältnis zum Voranschlag gestiegen sind als die Besitzsteuern. Zieht man die Restbeträge früherer Jahre von den Einnahmen des letzten Jahres ab, so ergibt sich immer noch ein Aufkommen von 72 294,5 Millionen Mark gegenüber einem Voranschlag von 56 766 Millionen Mark. Von dem Ueberschuß gehen 5845 Millionen Mark an Länder, Gemeinden usw.

Berücksichtigt man die Geldentwertung bei der Beurteilung der Reichseinnahmen, so bleiben diese hinter dem Geldbedarf des Reiches noch weit zurück. Die knappe Beamtenbesoldung, die ähnlich wie die übrigen Löhne und Gehälter immer hinter dem tatsächlichen Stand der Teuerung zurückbleibt und deren Erhöhung jedesmal wieder ein Loch in den Reichshaushalt reißt, ist eine der vielen Beweise für die Minderung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches. Dazu kommen als schwerste Last noch die in Goldmark zu zahlenden Reparationen. So ist es kein Wunder, daß an ein Anhalten der Rotenpresse vorläufig nicht gedacht werden kann.

### Saarkohle für Deutschland.

Infolge der vielen Falschmeldungen über die Verhandlungen betriebs des Verkaufs der Saarkohle in Deutschland sehen sich die Vertreter der Arbeiterorganisationen veranlaßt, folgendes zu erklären:

Um die Entlassung von Saarbergleuten zu vermeiden, war, wie bereits gemeldet, eine Delegation der Arbeiterorganisationen zwecks Verhandlungen in Berlin. Sowohl der Reichsstaatskommissar wie der Reichsverkehrsminister zeigten für die Lage, in der sich augenblicklich die Saarbergleute befinden, volles Verständnis. Der Reichsstaatskommissar versicherte bestimmt, daß der Einführung von Saarkohle nach Deutschland keinerlei Hindernisse und Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Im Gegenteil, es sei ihm sehr daran gelegen, daß die Saarkohle ihr altes Absatzgebiet wieder zurückerhalte. Da die süddeutsche Industrie bereits größere Mengen abnimmt, zeigte sich der Reichsverkehrsminister bereit, für seinen Betrieb sofort Kohle zu entnehmen. 180 000 Tonnen. Lieferbar in sechs Monaten, wurden vom Eisenbahnzentralamt sofort abgenommen. Der Minister stellte die Abnahme von weiteren Mengen, und zwar in Höhe von 300 000 Tonnen in Aussicht. Ueber die Dauer, Art und Weise der Abnahme schweben zurzeit noch Verhandlungen, mit deren baldigem Abschluß zu rechnen ist. In einer Besprechung mit der Bergwerksdirektion teilten die Arbeitervertreter das Ergebnis der Verhandlungen mit.

Es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß, falls die Abschlüsse zustande kommen, die Kündigungen unterbleiben und sodann wieder eine Beruhigung im Saarbergbau eintritt.

Einstellung der Futtermittlerungen auf den Auktionen. Die Futtermittlerungskommission beschloß einstimmig, die amtlichen Berliner Futtermittlerungen, welche paritätisch von Handel und Landwirtschaft vorgenommen werden, von heute an solange einzustellen, bis behördliche Maßnahmen getroffen sind, um weitere Preistreiberien auf den Auktionen zu verhindern.

Berantm. für den rebell. Sell: Franz Kuhn, Berlin-Lichterfelde; für Kautzen: H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Simon u. Co., Berlin, Hudenstr. 8. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Kartoffeln große Pfland 2 <sup>40</sup>	Landiebewurst...Pfland 34 <sup>00</sup>	Frisches Fleisch	Tn.-Margarine Pfl. 32 <sup>50</sup>
Rhabarber ..... Pfland 1.20	Gr. Bauernmeltwurst Pfl. 39.50	Gehacktes Kalbsrücken ..... Pfland 30 <sup>00</sup>	Tafelsalz ..... Pfland 65 <sup>00</sup>
Frischer Spargel Pfland von 8.00 an	Mellwurst n. Braundw. Art. Pfl. 49.50	Kalbskeulen ..... Pfland 27 <sup>00</sup>	Rindertalg ausgelesen Pfland 35.00
Schnittbohnen ca. 2 Pfl.-Dose 21.75	Leberwurst L. Dos., ausgew., Pfl. 14.00	Schw.-Schinken ..... Pfland 38 <sup>00</sup>	Schweineschmalz amerik. Pfl. 44.50
		Prima Suppenfleisch Pfl. 36 <sup>00</sup>	Gem. Marmelade Zuckergehalt, Pfl. 11.00
		Schweinenieren gefroren Pfland 11 <sup>00</sup>	Reis mit Tomaten ..... ca. 2-Pfland-Dose 14 <sup>75</sup>
		Hammelnieren gefroren Pfland 23 <sup>00</sup>	Corned beef ..... Pfland 29 <sup>50</sup>
		Rindfleisch ohne Knochen, gefroren Pfland 36 <sup>00</sup>	
			Deutscher Weinbrand *** 1/2 Flasche 42 <sup>50</sup> 1/3 Flasche 78 <sup>50</sup>
Weinbrand-Verschnitt *** 1/2 Flasche 37 <sup>50</sup> 1/3 Flasche 67 <sup>50</sup>			
1920 <sup>er</sup> Oberh. Maikammerer 1/2 Flasche 20 <sup>00</sup>	1920 <sup>er</sup> Partenh. Geiersberg 1/2 Flasche 22 <sup>50</sup>		Montagna-Naturrotwein ..... 1/2 Flasche 25 <sup>00</sup>

Ohne Flasche, 20% Steuerzuschlag

Für die alkoholfreie Jugendziehung.

Der zweite Berliner Kongress.

In den Tagen vom 21. bis 25. Mai d. J. wird in der neuen Aula der Berliner Universität, Kaiser-Franz-Josef-Platz 2, der 2. deutsche Kongress für alkoholfreie Jugendziehung stattfinden...

Was wurde geleistet?

Gewöhnung, Auffklärung und Beispiel dürften die ersten drei Aufgaben einer alkoholfreien Jugendziehung sein. Damit sind Eltern und Schule die beruflichen Elemente für ihre Durchführung.

Auf dem Kongress sind werden alle Parteien und alle Bünde vertreten sein. Theoretisch sind sich alle einig, es kann aber nicht geleugnet werden, daß Zentrum und Linksparteien weitläufiger Stimmt und bemüht sich der Sache widmen.

Die sauflustigen Nibelungen.

Man hält dies immer noch für einen Beweis „männlicher Tüchtigkeit“, und nichts ist bezeichnender für dies Gemisch von Schmutz und Unreife als der folgende Brief, der an einer antimisereis mit der Kongressarbeit betrauten Stelle als Antwort auf eine Enquete einlief:

Die Nibelungen. Jung-Wandervogelbund. Die Bundesführerschaft: J. A.: Dr. Lothar Freih. v. Biedermann. Berlin-Steglitz, Wrechesstr. 33, den 21. April 22.

Die Zuschriften in Sachen des Kongresses für alkoholfreie Jugendziehung haben wir erhalten und haben bisher absichtlich darüber mit unserer Meinung zurückgehalten, weil wir der Ansicht sind, daß unser völliger gegensätzlicher Standpunkt zu der Alkoholfrage bei einer Erörterung nur mißverständlich würde.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank. Ihre neunundvierzig Jahre im Zusammenhang mit Ihrem gegenwärtigen Zustand! Wenn man weiter in Betracht zieht, wieviel Sie bereits hinter sich haben!

So stehe ich nicht an zu erklären, daß mir jeder Abstinenz und der dazu gehörigen Agitation erhold sind. Gleich wie der Jung-Wandervogel, dem wir entstammen, sprechen wir bei Gelegenheit dem Humpen wader zu und lassen andere, die einen guten Tropfen verschmähen, nach ihrer Fasson selig werden.

Sie sehen also, daß Ihre alkoholgegnerischen Bestrebungen, denen wir an anderer Stelle allen Erfolg von Herzen gönnen, bei uns auf keine sonderliche Gegenliebe stoßen. Wir sehen Deutschlands Rettung von wo anders herkommen als von der Abstinenz.

Nun, die Entwicklung wird über diese kriegerischen Zecher ebenso hinweggehen wie sie schon manches andere hinter sich gelassen hat. Deren Isolierung dürfte in kurzer Zeit eine vollständige sein, denn die alkoholfreie Jugendziehung ist die Vorbedingung für jede Zukunft der Jugend überhaupt.

SPD.

Allgemeine Funktionärerversammlung

am Freitag, den 19. Mai, abends 6 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110

Tagesordnung:

Politik im Berliner Rathaus

Referent Genosse Hugo Heimann

Die Vorgänge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung nötigen zu einer eingehenden Stellungnahme. Es werden deshalb alle Funktionäre zur Teilnahme an der Versammlung aufgefordert.

Der Produzent als Detektiv.

Auf eine höchst bedenkliche Weise ist das Strafverfahren gegen den Mechaniker Paul Zander zustande gekommen, gegen den gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Wegel eine Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung und verlustigen Betruges zu verhandeln hatte.

Der Angeklagte, der ohne seine Schuld durch Familienverhältnisse in Not geraten war, trat eines Tages an einen bei der Firma Drenstein u. Koppel beschäftigten Lehrling heran und machte ihm den Vorschlag, mit Hilfe gefälschter Bestellscheine der Firma sich Waren zu erschwindeln und dann zu Geld zu machen.

Industrie im Film.

Wenn uns auch der große, das Thema erschöpfend behandelnde Industriefilm noch fehlt, so hat sich doch die Industrie in immer stärkerer Reihe des Films für Propagandazwecke angenommen. Es gibt jetzt eine ganze Reihe Filme, die lediglich dazu dienen, bestimmte Werkstoffe, Fabrikationszweige und Konstruktionsmethoden dem Interessierten vor Augen zu führen.

Gemeingefährlicher Größenwahn.

Gegen den Fabrikanten Franz Pautsch in Grünheide, der, wie seinerzeit berichtet, seinen Förderer Adam anlässlich eines Streites niedergeschossen hatte, schwebt bekanntlich ein Verurteilungsprozess wegen Totschlages. Pautsch, der während der ersten Revolutionszeit viel Geld verdient hatte, ist Besitzer einer isolierten Villa mit 20 auf das kostbarste ausmöblierten Zimmern in Grünheide und befindet sich seit der Tat in Unterhaftungshaft.

Brandenburger Unterbezirkstag.

Die Ortsvereine der Unterbezirke Jüterbog, Ludowicke, Teltow-Beeskow und Nieder- und Oberharnim des Bezirksverbandes Brandenburg hielten am Sonntag im Abgeordnetenhaus einen gemeinsamen Unterbezirkstag ab, der außerordentlich stark besucht war.

zukünftige Steuerprogramm

einer eingehenden Kritik und stellte fest, daß die Partei noch weiter an der Erfassung der Gold- und Sachwerte festhält. Den Haushalt, so meinte der Redner, werden wir nicht nur in Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringen, sondern nur werden sogar noch Ueberschüsse herausheben müssen.

Am erfolgreichsten ist die Frauenbewegung.

Die Frauen beginnen einzusehen, daß ihre eigenen und die Interessen der Kinder wie überhaupt der Familie am ehrlichsten, in Albert Reuß, den Kopf auf das Rollenheft gesenkt, unwillkürlich einen Schritt zur Seite, so daß nur das äußerste Ende der Stange ihn seitwärts streifte, die ihn sonst unfehlbar voll getroffen und ihn schwer verletzt hätte.

„Was ist's eigentlich mit meinem Mann?“ erkundigte sich Frau Hedwig. „Er gibt nicht nach“, antwortete der Arzt. „Dabei habe ich wirklich nicht zu viel von ihm verlangt. Bloß, daß er sein Casspiel in Riga abgibt!“

„Dennoch sind die beiden Ohnmachten auf diesen Vorfall zurückzuführen“, sagte Dr. Jordan. „Albert Reuß leidet nämlich nicht an gewöhnlichen Nerven- oder Schwächezuständen, sondern an einer sogenannten Bewußtseinsstörung, die man auch als Dämmerzustand zu bezeichnen pflegt.“

bringlichsten und erfolgreichsten von der SPD. vertreten werden und schließen sich deshalb in immer steigender Zahl der Partei an. In vielen Gemeinden und Städten sind unsere Genossen in der Verwaltung tätig. Die Organisation hat trotz der letzten Beitragserhöhung um einige Hundert zugenommen. Die Berichterstatter Genossen Dr. Müller und Riethe wandten sich mit Entschiedenheit gegen den Einigungsrummel, der von den Kommunisten zu bestimmten Zwecken inszeniert und leider von einigen kleinen Orten mitgetragen wird. Unsere Organisation hat es nicht nötig, mit diesen Schreihälsen an einem Strang zu ziehen. Nach längerer Aussprache über den Geschäftsbericht wurde nach einem Referat des Genossen Wilhelm Krüger der Zusammenschluß der Bezirke zu einem Bezirk beschlossen. Dem Bezirksparteitag wurden als Kandidaten zum deutschen Parteitag die Genossen Weidmann und Bremer vorgeschlagen. Die Konferenz verlangte zum Schluß Maßnahmen gegen die Ausschüßung der Technischen Rothilfe und wandte sich gegen die Neuerungen von Kältski, Cohen, Lindemann u. a. über den Achtsundentag. Schließlich protestierte sie gegen die Ueberlassung von Raatländchen Gelände in Jüterbog zur Vorbereitung des 3. und 4. Teils des Kabaufbaus „Fridericus Reg“. Um 5 Uhr wurde die Tagung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Am 31. Mai, nachmittags 1 Uhr, findet übrigens eine Sitzung der besoldeten Magistrats- und Landräte und anderer an der Kommunalpolitik interessierter Genossen vom Bezirksverband Brandenburg im Abgeordnetenhaus statt. Zur Verhandlung kommt der Entwurf der neuen Stadt- und Landgemeindeförderung.

Die Affäre des Grafen und der Gräfin Schlieffen wegen Anstiftung zum Mord, die seinerzeit so großes Aufsehen erregte, hat noch eine Anklage wegen Verleumdung der Göttinger Richter zur Folge gehabt, die in Berlin zur Verhandlung kommen wird. Das auffallend milde Urteil des Göttinger Gerichts ist, wie erinnerrt, damals in der Presse lebhaft kritisiert worden. Auch die Zeitschrift „Freier Volkswille“ hatte den Spruch des Gerichts einer mißbilligenden Besprechung unterzogen, die gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitung die Anklage wegen Richter-Verleumdung gerichtet hat. H. A. Dr. Döhme, der die Verteidigung übernommen hat, bereitet umfangreiche Beweisanträge vor, die, wenn ihnen stattgegeben wird, eine Wiederauflösung der ganzen Straffache Schlieffen zur Folge haben würde.

**Elternbeiratswahl.** Eine große öffentliche Wählerversammlung findet am Freitag, den 19. Mai, abends 7 Uhr, im Paulsen-Realschulhaus zu Berlin-Steglitz, Arndtstraße, statt. Genosse Professor Ostreich spricht über die Bedeutung der Elternbeiratswahlen. Gegner haben volle Redefreiheit. Einrufer ist der Wahlauschuß der SPD, USPD, und KPD. des 12. Bezirks.

Die deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet gemeinsam mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit am Freitag, 7 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Königsstraße, einen Vortragabend. Dr. R. Bharghara aus Indien spricht über: „Die Gandhi-Bewegung“.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Nächste Sitzung des Bezirksvorstandes Sonnabend, den 20. Mai, abends 6 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3. Wichtige Tagesordnung. Deshalb Unwesenheit notwendig.

### Öffentliche Elternversammlungen:

4. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, den 18. Mai, 8 Uhr, in der Schulaula, Oranienstr. 12. Thema: „Unsere Schullagerung“. Referent Genosse Kellor Wef.

Freitag, den 19. Mai:

5. Kreis Friedrichshagen. 7 Uhr in der 104. Gemeindefschule Dünower Straße (für folgende Schulen): 81, 191, 192, 284, 285, 272, 243, 267. Thema: „Die kommenden Elternbeiratswahlen“.

11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr in der Aula des Gymnasiums, Domstraße. Thema: „Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll“. Referent Dr. Rastan.

28. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Schönehauser Allee 186a. Thema: „Die weillische Schule“. Referent Florer Franke.

Marziesstr. 7 1/2 Uhr in der Aula des Realschulhauses Kaiserstr. 81. Thema: „Die Bedeutung der Elternbeiratswahlen für die neue Gestaltung“. Referent Genosse Wef.

Grünau. 8 Uhr in der Schule Rüdenstraße. Thema: „Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll“. Referent Erwin Marquardt.

### Heute, Donnerstag, den 18. Mai:

4. Wkt. 7 1/2 Uhr Vorkonferenz mit sämtlichen Funktionären sowie Elternbeiräten der Große, Blumenstr. 88.

10. Wkt. Schöneberg. Die Genossinnen treffen sich zur Besichtigung des Erziehungsheims „Einbein“ mittags 12 Uhr bei Örtlich, Rubens-, Ecke Bismarckstr.

Jugendaktivisten. Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr in der Gemeindefschule Straßmannstr. 6. Vortragabend über „Entwicklung des Sozialismus“ (von Engel). — Gruppe Grünau: 7 1/2 Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3. Vortrag: „Materialethische Beschäftigung“. Referent Edo Gurlitt. — Gruppe Kreuzberg: 8 Uhr im Jugendheim Rognitzstr. 66. Vortrag: „Hermannsfrage, Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Berger-Berlin: „Erinnerungen aus der Vergangenheit als Lehre für die Zukunft“.

### Frauenveranstaltung:

106. Wkt. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 81, gemütliches Beisammensein.

### Morgen, Freitag, den 19. Mai:

7. Kreis Charlottenburg. Die Sitzung des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt hält wegen der Funktionärenkonferenz aus.

79. Wkt. Schöneberg. Die erweiterte Vorstandssitzung muß wegen der allmorgentlichen Funktionärenkonferenz ausfallen und findet bestimmt am Montag, 7 Uhr, bei Scholz, Sedanstr. 17, statt.

22. Wkt. Kreuzberg. 7 1/2 Uhr Sitzung bei Wolff, Kaiser-Friedrich-, Ecke Rosengartenstr. Abrechnung. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

### Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 18. Mai:

Abendlicher Vortrags- und Reihenberger Viertel: Heute abend Spielen im Treptower Park, Spielwiese 6. Treffpunkt 7 Uhr Örtlicher Wkt. (Luisenpark). — Kreuzberg: Jugendheim Mühlener Str. 82, Vortrag: „Geschichte der proletarischen Jugendbewegung“. — Köpenick: Jugendheim Gemeindefschule Furtwängler Str. 19, Vortrag: „Sozialismus und Christentum“. — Steglitzer Viertel: Jugendheim Gemeindefschule Rognitzstr. 66, Vortrag: „Gemeinschaftsgeist“. — Reinickendorf-West: Jugendheim Volkshaus, Schrammstraße, Vortrag: „Jugendklub und Jugendrecht“. — Köpenick: Jugendheim Gemeindefschule Steglitzer Viertel, Vortrag: „Schönheiten der Nacht“.

Am Sonntag findet von 10-12 Uhr für die Spielleiter auf dem Spielplatz der Metallarbeiterjugend ein Übungsspiel statt. Rohrtiselpenheit bis Baum-schulen. Uebersehe alle noch Spitzschloß. Wir bitten die Abteilungsleiterinnen, ihre Spielleiter darauf aufmerksam zu machen.

Weiter bis Freitag mittag. Nimmlich warm, dießsch fette, aber herüberlich. An vielen Orten leichte Wittererregen.

## 14. Verbandstag der Buchbinder.

Kassel, den 16. Mai 1922.

Bei Beginn der heutigen Verhandlungen nahm der Verbandstag einstimmig eine Entschlieung an, die den um die Erhaltung und Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen in Süddeutschland kämpfenden Metallarbeitern die vollste Sympathie ausdrückt und gelobt, für weitestgehende materielle und moralische Unterstützung Sorge zu tragen. Der ganze weitere Verhandlungstag wurde ausgefüllt mit der ferneren Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes, des Kassierers und der Redaktion. Wesentlich neue Momente wurden nicht vorgebracht. Die meisten Diskussionsredner plädierten für weitestgehende Unterstützung der Bildungsbestrebungen, für tarifliche Regelung des Heilungswesens und für energische Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit. Bemerkenswert war die Diskussionsrede des Delegierten Stephan Berlin (USPD), der ausführte, daß

### die kommunistische Agitation verwerflich

und im höchsten Maße schädlich für die Arbeiterbewegung sei. In äußerst wirkungsvoller Rede sprach Genosse Graßmann, zweiter Vorsitzender des ADGB, über die Angriffe der Opposition gegen das angebotene Verlangen des ADGB, besonders bei der Durchführung der 10 Punkte. Er führte im wesentlichen aus: Kritik müsse immer getragen sein von Sachkenntnis und von dem guten ehrlichen Willen zu bessern. Politische Agitationsreden gehörten auf keinen Verbandstag, der nur dazu berufen sei, fruchtbarere gewerkschaftliche Arbeit im Interesse der Arbeiterbewegung zu leisten. Subjektiv und objektiv sei es unrichtig, daß führende Gewerkschaftler für Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten seien. Der Vorwurf der Harmonie-duselei mit dem Unternehmertum sei gerade im Hinblick auf die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiterbewegung gegen das Kapital sehr deplaziert. Bei Aufstellung der bekannten 10 Punkte nach dem Kapp-Putsch habe leider die Arbeiterbewegung selbst verfehlt. Die Durchführung der Reichswehr mit politisch zuverlässigen republikanischen Personen scheiterte daran, daß fast jeder Gewerkschaftler mit Ausschluß aus seiner Organisation bedroht wurde, der es gewagt habe oder wagen wollte, Mitglied der Reichswehr zu werden. Dann wunderte man sich, daß daraus das heutige reaktionäre Gebilde geworden sei. Die 10 Punkte stellten

### ein gesummiertes Programm

der deutschen freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung dar, das heute mehr denn je von dem ADGB hochgehalten wurde. Man solle aber doch auch an die früheren programmatischen Forderungen für die Sozialgesetzgebung denken. Auch die seien leider nicht mit einem Schlag zu verwirklichen gewesen. Bei der Durchführung der 10 Punkte müsse man doch besonders die Rechtsverhältnisse in dem Parlament berücksichtigen. Auf dem Standpunkte der Sachverfassung stehe auch heute noch der ADGB, die Allgemeinheit müsse partizipieren an Eigentum und an den Gewinnen. Den schwierigen außenpolitischen Zuständen hätte der Bundesvorstand im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung öfters Rechnung tragen müssen. Er erinnert an das Diktat der Entente in bezug auf den Abbau der Zuschüsse zur Verbilligung von Lebensmitteln und Rohstoffen.

Graßmann weist im weiteren Verlauf seiner Rede besonders darauf hin, daß von der Opposition immer und immer nur Kritik geübt würde, aber niemals die Erfolge des ADGB den Massen bekannt gemacht würden. Die Arbeitslosigkeit sei mit großem Erfolg bekämpft worden, die Erhaltung der deutschen Werte sei ebenfalls ein Verdienst des ADGB. Beim Arbeitszeitgesetz, Arbeitsgerichtsbarkeit und bei der Schlichtungsordnung gelte jeder geplanten Verschlechterung der schärfste Kampf. Beim süddeutschen Metallarbeiterstreik habe

### der ADGB, die deutsche Arbeiterbewegung ausgerufen,

weil es hier um die Erhaltung der achtstündigen Arbeitszeit gehe. Zum Schluß richtete Graßmann einen dringenden Appell an die Delegierten, alles zu tun, um die Einheitsfront der deutschen Arbeiterbewegung herzustellen. Wenn man nicht bald zur Einsicht komme, dann könne es wahr werden, daß man nicht mehr eine Geschichte der deutschen Revolution schreibe, sondern einen Reflekt. Unter stürmischem Beifall schloß Graßmann: „Genossen, nehmt Vernunft an, es geht um den Bestand der deutschen Arbeiterbewegung, es geht um die Errungenschaften der Revolution.“ Der Verbandstag beschloß gegen die Stimmen der Opposition die Rede Graßmanns in Broschürenform zur Aufklärung herauszugeben.

Nach Schlußworten der Berichterstatter und einer Menge persönlicher Bemerkungen wurde dem Vorstand und der Schriftleitung gegen wenige Stimmen ein Vertrauensvotum ausgestellt. Beschlossen wurde, daß die „Buchbinder-Zeitung“ fortab achtseitig erscheint und mindestens einmal im Monat je eine Seite der Fachtechnik, der Jugend, der Arbeiterinnenbewegung und der Sozialpolitik widmet. Weiter wurde einstimmig beschlossen, jugendlichen Mitgliedern den Besuch der Volkshochschule Linz und den weiblichen Mitgliedern den Besuch der Arbeiterakademie, der Wirtschaftsschulen und sonstigen Ausbildungskursen zum Zwecke der sozialistischen und gewerkschaftlichen Schulung zu ermöglichen.

Einstimmig beschloß der Verbandstag: Verbandsmitglieder dürfen weder aktiv noch passiv in der Technischen Rothilfe tätig sein. Ebenso eine scharfe Entschlieung gegen den Bucher und eine Entschlieung gegen die beabsichtigten Verschlechterungen in den Entwürfen eines Arbeitszeitgesetzes, Schlichtungsordnung und Arbeitsgerichtsgesetzes. Die Gewerkschaften vereint mit den sozialistischen Parteien werden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um den Anschlag der Reaktion auf die freie Entfaltung des Proletariats abzuwehren.

Zwei Anträge, die den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft verlangten, wurden dem Leipziger Gewerkschaftskongress zur Beschließung überwiesen, da diese Frage vor allem in Verbindung mit den verwandten Organisationen des graphischen Gewerbes gelöst werden müßte.

## 22. Verbandstag der Zimmerer.

Kr. Wernigerode, 15. Mai 1922.

Im Hotel „Monopol“, dem Heim der Wernigeröder Arbeiterbewegung, das im festlichen Schmucke prangt, versammelten sich die Vertreter des Verbandes. Ein schöner Harzfrühlingsmorgen grüht durch die Fenster. Die erste halbe Stunde des Verbandstages gilt der Ehrung der beiden verstorbenen Baumeister des Verbandes, dem Redakteur August Brämann und dem langjährigen Zentralvorsitzenden Fritsch Schradner.

Schönfelder-Hamburg richtet dann herzliche Begrüßungsworte an den Verbandstag. Er gibt einen Ueberblick, was geleistet werden muß, „eine ungeheure Arbeit erwartet hier die Abgeordneten des Verbandes“. Ein wirtschaftliches Bild über die nächste Zukunft

rahmt seine Eröffnungsrede ein, so werden die Delegierten mitten in die Arbeit geführt. Schönfelder spricht über die Kriegsfolgen, über die reaktionären Absichten der Unternehmer und die Sozialisierung des Baugewerbes. Die deutschen Gewerkschaften sind die Hoffnung aller Arbeiter. Sie einig und geschlossen zu halten, ist die Hauptaufgabe. Daran wollen auch die Zimmerer mitarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Als Gäste sind erschienen: Jensen-Kopenhagen, Paepelow-Hamburg vom Bauarbeiterverband, ferner Thomas-Frankfurt a. M. vom Dachdeckerverband sowie Gustav Heinke von der Sozialpolitischen Abteilung des ADGB und Kube vom Bundesvorstand des ADGB.

Auf Antrag des Stuttgarter Delegierten wird eine Sympathieunterstützung für die Metallarbeiter in Süddeutschland beschlossen. Schönfelder teilt mit, daß 200 000 M. bereits nach Süddeutschland unterwegs sind. Ein Antrag, die Delegierten, die bei dem Leipziger Verbandstag der Bauarbeiter waren, besonders die Delegation von Rußland einzuladen, wird gegen 12 bis 14 Stimmen abgelehnt.

Schönfelder-Hamburg ergänzt den gedruckt vorliegenden Bericht. Er würdigt den russischen Vertrag von Rapallo als ein glückliches Ergebnis von Genua. Was wirtschaftlich kommen wird, läßt sich noch gar nicht sagen, sicher ist nur eine Arbeitslosigkeit, wenn auch nur vorübergehend. Alle Reformbestrebungen scheitern an dem langlamen Gang der Regierungsmassnahmen, was sich auch in der Fabrikarbeiterfrage zeigt. Die Zimmerer verlangen bei der Umschulung mindestens eine zweijährige Lehrzeit (Bravo). Schönfelder polemisiert dann gegen den Polierbund, der keine Einstufungsberechtigung habe. Dabei erkenne man durchaus an, daß die jetzige Politik des Bundes freigewerkschaftlich ist. Der in Leipzig erstandene „Baugewerksbund“ sei lediglich ein umgetaufter Bauarbeiterverband. Vom eigentlichen Bund ist nichts übriggeblieben, denn die Fabrikarbeiter, die Schornsteinfeger, Steinmetzen, Steinarbeiter, Holzarbeiter, zum Teil die Maler, lehnen ihn grundsätzlich ab.

### Unsere Entschlieung ist also von großer Bedeutung!

Einen weiteren großen Abschnitt seiner Rede widmet Schönfelder der Sozialisierung des Baugewerbes, ebenso der Mitgliederbewegung. Es gibt nur noch etwa 5000 unorganisierte Zimmerer in Deutschland und weitere 5000, die in anderen Verbänden sind. Eindringlich ruft Redner die Delegierten auf, sich der Jugend, der Lehrlinge, anzunehmen. Die Erziehung des Nachwuchses ist Sache der Gewerkschaften. (Lebh. Beifall.) Dann kommen die Kämpfe zur Erörterung und die Lohnbewegungen. Allein das Jahr 1922 hat wieder 296 Streiks mit 1 1/2 Millionen Mark Unterstützungssumme gekostet. Wir müssen wegen der kurzen Spannen, für die heute Löhne festgelegt werden, sehr überlegen, ob Streiks noch den früheren Wert haben. Wir kommen ohne sie nicht aus, wir müssen unsere Kräfte messen, sonst verfallen wir. Leichtsinnig wollen wir keine Streiks beschließen — wir werden uns von Fall zu Fall vergewissern, wem der Streik nützt, bis jetzt sind wir damit recht gut gefahren.

Den Schluß des Berichtes bilden Ausführungen über die Neugestaltung des Arbeitsrechtes, so die Schlichtungsordnung, wobei sich Schönfelder gegen die allzu kompromißlich gestimmten Mitglieder im Reichswirtschaftsrat wendet. Er erhebt Protest gegen eine Schlichtungsordnung mit einem solchen § 55. Wir verlassen uns auf gewerkschaftliche Kampfmittel. Der Berichterstatter kommt dann auf das Arbeitszeitgesetz zu sprechen, seine Worte sind ein

### feierliches Bekenntnis zum Achtsundentag.

Die Arbeitsgemeinschaften seien mindestens nicht schlechter, wie die Tarifgemeinschaften. Im Baugewerbe gibt es aber keine Arbeitsgemeinschaften mehr. Sie sind tot; man hat sie nur vergessen zu begründen. (Heiterkeit.) Deshalb haben die vielen Anträge dagegen keinen Zweck.

Römer-Hamburg erstattet hierauf den Kassenerbericht. Wir leben in einer sehr finanzkräftigen Zeit. Zugaben, wie das auch nur annähernd werden kann, wäre sehr vermogen. Es gibt keinen Nachschub mehr zwischen Einkommen, Baustoffpreisen, Beiträgen usw. Das Vermögen des Verbandes muß man pro Kopf umrechnen. Es beträgt dann 108,82 M., früher 91 M. Das ist an sich mehr — in Wirklichkeit aber viel, viel weniger als früher. Unser Trost ist nur, daß wir im Bedarfsfälle Extrabeiträge erheben können, wie wir es zweimal getan haben. Römer begründet einen Antrag, noch dem der Zentralvorstand den Charakter einer juristischen Person erhält. Zum Schluß erhebt er dringend, alle Beschlüsse daraufhin zu prüfen, wie sie finanziell wirken.

Den Bericht der Redaktion gibt Bollgast-Hamburg. Es sind fast keine Beschwerden gegen den „Zimmerer“ vorgekommen. Das Blatt soll weiter ausgebaut werden. Ein Teil des Stoffes soll aus dem „Zimmerer“ herausgenommen und dafür ein Jahrbuch herausgegeben werden. Es besteht die Absicht, eine Jugendbeilage zu schaffen, die monatlich erscheinen soll. (Bravo.) Politische Neutralität haben wir immer geübt, noch mehr, wie es die Anträge wollen, geht wirklich nicht. Zum Schluß fordert Bollgast rege Mitarbeit.

Für den Ausschluß erstattet Kube-Berlin einen längeren Bericht, der interne Angelegenheiten und Beschwerden berührt.

### Die Diskussion über die Berichte werden wir noch nachholen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 18. Mai, 1/2 Uhr, in der Oberrealschule, Niederwallstr. 12. Vortrag des Gen. Hermann Hauptmann über „Vollschule der Liebe“. Gäste willkommen. Eintritt frei. Volksgesundheit. Allgemeine Funktionärenversammlung der Abteilung Süden am Freitag, den 19. Mai 1922, abends 7 Uhr, bei Wolffsdräger, Adalbertstr. 21. Arbeiter-Kolonien-Bund. Dringgruppe Berlin. Mitgliederversammlung Freitag, den 19. Mai, 7 Uhr, Niederwallstr. 12. Vortrag des Gen. Dr. Klabber über „Sozialisierung des Heilwesens“, außerdem wichtige Organisationsangelegenheiten.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut

# CREME MOUSON

vollkommenstes Hauptpflegemittel



**Kukirol**  
besiegt schnell sicher und schmerzlos  
Hühneraugen  
Hornhaut, Schwielen, Warzen  
In Apotheken & Drogerien erhältlich



# Putz die Schuh

mit

# Glyzoran



# Billige Preise für hochwertige Kleidung

<b>Schlüpfer und Raglans</b> aus Homespun, Fischgrät und Diagonalstoffen M. 1800, 1400, 1200	<b>1000<sup>00</sup></b>	<b>Cutaway u. Westen</b> aus erstklassig. marengo- u. schw. Stoff. M. 2700-2400	<b>2000<sup>00</sup></b>	<b>Ruder-Jackets</b> aus gutem blauen Cheviot M. 1000	<b>850<sup>00</sup></b>
<b>Schlüpfer und Raglans</b> aus prima Stoffen in bester Verarbeitung M. 3000, 2800, 2400, 2200, 2000, 1900	<b>1800<sup>00</sup></b>	<b>Sport-Anzüge</b> mit Breecheshose aus gutem Manchester, ohne und mit Futter M. 1500	<b>1350<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Anzüge</b> aus gut. farbig. Wolstoff, in all. Fassons u. Preislagen Gr. I v. M.	<b>250<sup>00</sup></b>
<b>Paletots</b> aus marengo Cheviot M. 2000, 2000, 2400, 1800, 1650, 1400	<b>1000<sup>00</sup></b>	<b>Sport-Anzüge</b> mit Breecheshose, aus Lodenstoffen, Homespun und karierten Stoffen M. 1600, 1500, 1350	<b>1200<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Anzüge</b> aus blauem Cheviot u. Kammgarn in nur gut. Qualität Gr. I von M.	<b>525<sup>00</sup></b>
<b>Sport-Paletots</b> aus sehr gutem Covercoat, ganz mit Satinella gefüttert, M. 3000, 2600, 2400, 1900	<b>1800<sup>00</sup></b>	<b>Bozener Mäntel</b> für Herren, aus prima Strichloden M. 1600, 1500, 1350	<b>750<sup>00</sup></b>	<b>Burschen-Anzüge</b> aus farbigen Wolstoffen Grösse VII von M.	<b>320<sup>00</sup></b>
<b>Paletots</b> Biedermelerform, aus farbigen Stoffen M. 2000, 2500, 2200	<b>2000<sup>00</sup></b>	<b>Bozener Mäntel</b> für Damen, aus Strichloden M. 1600, 1500, 1350	<b>525<sup>00</sup></b>	<b>Burschen-Anzüge</b> in Jackett- u. Sportform, aus nur gut. Qualität Gr. VII von M.	<b>560<sup>00</sup></b>
<b>Rockpaletots</b> aus erstklassigem Covercoat, mit und ohne Samtkragen von M.	<b>3500<sup>00</sup></b>	<b>Hosen</b> gestreift, außergewöhnlich billig M. 250, 225, 200	<b>180<sup>00</sup></b>	<b>Jünglings-Anzüge</b> jeder Art u. Qualität, aus guten farbigen Stoffen Gr. XII von M.	<b>900<sup>00</sup></b>
<b>Jackett-Anzüge</b> aus guten farbig. Stoffen in vielen Mustern M. 1650, 1400, 1200	<b>950<sup>00</sup></b>	<b>Hosen</b> aus gestreiftem Satin und Kammgarn M. 375, 325, 300	<b>275<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Pyjacks</b> aus gutem blauen Cheviot und Tuchstoff von M.	<b>670<sup>00</sup></b>
<b>Jackett-Anzüge</b> in den neust. Must. u. Farbestell. M. 2500, 2400, 2200, 2000, 1900	<b>1800<sup>00</sup></b>	<b>Hosen</b> aus prima Stoffen, für Cutaways M. 750, 650, 600, 550, 475	<b>400<sup>00</sup></b>	<b>Knaben- und Burschen-Pelerinen</b> aus Strichloden von M.	<b>200<sup>00</sup></b>
<b>Jackett-Anzüge</b> aus erstklassigen Stoffen und in prima Verarbeitung, Ersatz für Maß M. 3000, 3000, 2700, 2600	<b>2400<sup>00</sup></b>	<b>Sport-Hosen</b> Breechesform, aus gutem Manchester M. 675, 550	<b>300<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Waschanzüge</b> Grösse I von M.	<b>190<sup>00</sup></b>

**Außergewöhnlich preiswert!** | **Wochentagsanzüge** aus sehr haltbaren Stoffen M. 600 **450<sup>00</sup>**  
**Mäntel** aus sehr haltbaren Stoffen M. 600 **400<sup>00</sup>**

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

# BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

## Theater, Lichtspiele usw.

**Opernhaus**  
Josephs-Legende  
Cavaller rusticana  
7 Uhr

**Schauspielhaus**  
Armand Carrel  
7 1/2 Uhr

**Deutsch. Theat.**  
8 Uhr: Des Saets  
Schatten  
Freit. 8: Des Saets  
Schatten

**Kammerspiele**  
8: Einen Jux will er sich machen  
Freit. 8: Einen Jux will er sich machen

**Gr. Schauspielh.**  
(Karlstraße)  
7 1/2: Judith  
Freit. 7: Die verunkelene Glocke

„Die wunderbar. Geschichten des Knecht Rupprecht“ im Th. i. d. Könißgrätz Str. tägl. 8 Uhr

**Komödienhaus**  
„Gretchen“  
Gillner, Roberts.

**Berliner Th.**  
7 3/4: Madame Fillet  
Central-Theater  
7 1/2: Mädels v. Davos  
Deutsch. Opernhaus  
6 Uhr: Die Walküre  
Friedrich-Wilhelmst. Th.  
8 Uhr: Minna von Barnheim  
Intimes Theater  
8: Die Feltche und?  
— Laut doch nicht immer nach dem Klein. Schauspielh.  
7 1/2 Uhr: Der keusche Lebemann  
Lustspielhaus  
8 Uhr: Der Werwolf  
Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: Bajadere  
Neues Operett.-Th.  
8 Uhr: Lady Chic  
Neues Th. am Zoo  
8 Uhr: Scampolo  
Neues Volkstheater  
7 1/2 U. Anna Boleyn  
Schiller-Th. Charl.  
8 Uhr: Der Hochtourist  
Thalia-Theater  
7 1/2: Die Herren von und zu...  
Th. u. Hollendorff  
3 1/2 U. Gespenster  
7 1/2: Verliebte Leute  
Theater d. Westens  
8 Uhr: Elga  
Tuschel & Leemannstr. 20  
Uhr: Gelbsterm  
Wallner-Theater  
7 1/2 U. Die beiden Nachzügler  
Wallhall-Theater  
7 1/2 U. Das Gasthaus zur Liebe  
Theater des Ostens (Rose-Theater)  
8: Brot und Arbeit

**Volksbühne**  
Theater a. Bldowpt.  
7 1/2 Uhr:  
Der Traum ein Leben

**Lessing - Th.**  
7 1/2 Uhr:  
Madame Sans-Gêne  
Freitag 7: Faust  
Sonnab. 8. Mtg. 7 1/2:  
Mad. Sans-Gêne

**Deut. Künstler-Th.**  
Allabendl. 7 1/2:  
Man kann nie wissen...

**Residenz-Th.**  
Täglich 8 Uhr:  
Eine Frau ohne Bedeutung  
Irene Friesch, Korff, Bertiens, Sandrock

**Trianon - Th.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Moral**  
von Ludwig Thoma  
Burg, Limburg  
Junkermann, Albers  
Falkenst, Mamelok

**Folies Caprice**  
8 1/2 u. pers. Regie v. Dir. Ant. Herrfeld  
**Nachtdienst**  
v. A. u. D. Herrfeld  
„Mandelbaum“  
„Hochzeitstanz“  
v. A. u. D. Herrfeld

**Casino-Theater**  
Lützowstr. 37, 7 1/2-7  
Der neue Schläger  
**Der Heffe aus Afrika**  
Vier vollständig neue Teil u. 5. Singspiel Letzt. Rose  
Volksstückl. Preise!  
Stg. 3 1/2: Tante Bella

**Zelt I.**  
Direktion:  
Richard Welse.  
Täglich  
ab 6 Uhr  
Das große  
**Variété-**  
**Programm**  
Nachm. 3-6 Uhr und  
Sonntag mittag 11  
U. bis 2 Uhr  
**Militärfreikonzerte**  
ausgeführt von den  
Kapellen der Reichs-  
wehr

**SO. 111**  
Tägl. 8 Uhr  
**Internat.**  
**Variété**

# Das langt!

20 Goldmark - 1300.-



**Dafür gibt's:**

**Voll-Voile-Kleid**  
mit reicher Stickerei  
verzierung, mod. Ärmel  
in vielen hellen Farben.  
nur **545.-**

**Perkal-Bluse**  
Oberhemdform, mo-  
dernes Streifenmuster  
nur **295.-**

**Wollen-Kleiderrock**  
mit der beliebten  
Knopfverzierung  
nur **195.-**

**Duftig Backfischkleid**  
aus weißem Waschstoff  
m. Rüschenverzierung  
am Ärmel und Hals.  
nur **225.-**

Dazu erhalten Sie  
noch **40 Mk.**

# Hermann Engel

Berlin, Landsberger Str. 85, 86, 87.

**Komische Oper**  
7 1/2 Dir.: James Klein 7 1/2  
**Der Sensationserfolg Berlins!**  
**Der Meister v. Montmartre!**  
In den Hauptrollen:  
Dr. Waldemar Slangemann, Margit Sudy,  
Balzer-Lichtenstein, Elso Müller,  
Herbert Kiper, Fritz Steidl.  
Vorverkauf ununterbrochen!!!

**Wo läuft der Einstein-Film?**  
Donn. 18. 5. Sternwarte Treptow 8 U.  
Freit. 19. 5. Zehlendorf-Mitte, Gym-  
nasium 8 Uhr  
Sbd. 20. 5. Urania, Taubenstr. 8 U.  
Stg. 21. 5. UT, Kurfürstend. 11 U.  
UT, Schöneberg, Haupt-  
straße 11 Uhr  
Mont. 22. 5. Sternwarte Treptow 8 U.  
Di. 23. 5. Urania, Taubenstr. 8 U.  
Vorverkauf bei A. Wertheim  
und an der Theaterkasse

**Rennen zu Grunewald**  
Donnerstag, d. 18. Mai  
nachm. 3 Uhr

**Circus Busch**  
Sp. P. u. J. u. J. u. J.  
Nur noch  
kurze Zeit!  
Wunderaffen  
Kletterhund  
Die lustige Wunderschau  
Über'n großen  
Teich  
Wild-West

**Metropol**  
Behrenstr. 34  
8 Uhr:  
Internationales  
Variété-  
Programm

Theater a. Natth. Ter  
Kurtl. 18 077  
Allabendl. 7 1/2:  
Elite-  
Sänger  
u. a. Jarosl. I.  
Kobenzeller  
„Die Schöner“

## Es liegt auf der Hand



daß das Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen Brauerei Köstritz ein  
wunderthätiger Trank für Gesunde, Kranke und Rekonvaleszenten. Für  
Wochenherren und stillende Mütter sein muss, wenn man berücksichtig,  
daß obige Menge besten Gerstenmalzes, rund 2000 Gerstenkörner, dazu  
gehört, um ein halbes Liter dieses allberühmten Bieres herzustellen.

4000 ärztliche Gutachten und Verordnungen innerhalb Jahresfrist weisen  
auch auf die ausgezeichnete Wirkung dieses Bieres hin. Köstritzer Schwarz-  
bier sollte deshalb auf keinem Familientisch als tägliches Getränk fehlen.

Generalvertreter: Köstritzer Schwarzbier-Vertriebsgesellschaft m. b. H.,  
Berlin N 37, Schönhauser Allee 107/11. Telefon: Norden 957.  
Hauptniederlage: Otto Starck & Ernst Krüger G. m. b. H., Biergroßhandlung,  
Berlin NO 18, Landsberger Allee 47. Telefon: Köpenickstadt 1660.  
Spezialauschank: Rager, W9, Linkstraße 31. Telefon: Kurfürst 6154.

**Reichshallen-Th.**  
Allabendl. 7 1/2 Uhr:  
Stettiner  
Sänger  
„Fuss Dieh“

**Dünhoff-  
Brett!**  
Met. P. u. V.

**Gefühls-  
dreirad**  
gebraucht, mit  
Gummibereifung,  
in taugen gerader  
Parlograph  
Wetzlarer Str. 112

**Metal - Ankauf**  
Königsstr.  
Neue  
Königsstr. 87  
zahlt Tagespreise f.  
Messing, Kupfer,  
Blei, Zink etc.

**Pa. Strickwolle**  
garant. rein Woll-  
garn, schwarz u. grau,  
rein Sommer- u. Jed-  
wolle in herrl. hoch-  
gambler, Webereier,  
Gauße, bel. Sie sind  
Wollwoll sehr teuer.  
Wollvertrieb  
Königsstr. 46, 5. P. u. V.

**Montag, 18. Mai, früh 10 Uhr, ent-  
scheidend nach schwerem Leben unter lieber  
Kollege**  
**Rudolf Brückner.**  
Der Entschlafene gehörte mit zu den  
Besten unserer Berufsorganisten, für  
den wir sehr viele Jahre lang in  
unermüdbar und selbstlos für die Inter-  
essen unserer Kollegen tätig war.  
Sein Andenken wird in unseren  
Reihen unerschütterlich sein.  
Im Namen der Branche d. Gold- u. Silberarbeiter  
(deutscher Metallbau-Verband). Die Branchen-  
gemeinschaft am Freitag, 19. Mai,  
abds. 6 1/2 Uhr, Remontur, Gedächtnis-  
feier.

**Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.**  
Gesamtversammlung.  
Die Vertreter der Arbeitgeber und  
Beschäftigten im Ausschuss werden hiermit  
zu der am Freitag, den 26. Mai 1922,  
abends 8 Uhr, im Wirtshaus  
„Waldschloß“, Waldschloßstraße 12,  
hier, stattfindenden  
außerordentlichen Ausschusssitzung  
eingeladen.  
Tagesordnung:  
1. Verhandlung der §§ 19, 20, des § 49 vom  
Ges. 2. u. 3. und des § 70, der Renten-  
versicherung über den Antrag Schönl  
und Genossen bez.  
a) Bericht mit Vorschlag über den Ein-  
satz der Rente und Vermögensverhältnisse  
per 30. April 1922.  
b) Bericht über  
1. Geschäftsliche Mitteilungen.  
Berlin-Steglitz, den 17. Mai 1922.  
Der Vorstand,  
Wiese, Berlin-Steglitz.

**2 Millionen Mark**  
werden nächster Tage veräußert, um  
**Gold- u. Silbersachen,**  
Britanten, Schmucksach., Ferngläser,  
Uhren, alte Münzen, Platin  
zu hohen Preisen aufzukaufen  
Zahngelbes, Zahn bis 300 Mark.  
Karl Hodam, Linkstr. 33-34,  
an der Elchhornstr., Potsdamer Platz.

**Kunstspielplanos u. Flügel**  
**VIRTUOLA**  
Fussbetrieb / Elektrisch  
beides vereinigt  
ermöglichen gleichzeitig Wie-  
dergabe der Musikstücke nach  
Auffassung des Künstlers und  
Selbstnuancierung  
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 113  
bis 128, I. Stock

**Gold- u. Silber-  
Bruch**  
Brillanten etc.  
zahlt die höchsten Tagespreise  
**Juwelen-Einkaufs-  
Gesellschaft**  
Hopenfeld & Co.  
Berlin Antwerpen  
**Beuthstraße 12**  
(Spittelmarkt)

# Kreuzfüchse 500 M.

Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber-, Weißfüchse, Luchse, Wölfe, enorm billig!  
Damen-Peizmäntel 3500, Sportpelze 1500, Gehpelze 2000 M.  
Ferner Cutaways, Paletots, Schlüpfer jetzt 950 M. an. (Keine Lombardwaren).  
Leihhaus Moritzplatz 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)

